

Textauszug aus: Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 99

Herausgegeben von Dieter Dowe, Anja Kruke und Michael Schneider

Peter Gohle

Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD

Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90



Diese Studie wurde am 9. Juli 2013 unter dem Titel:

»Von der SDP zur gesamtdeutschen Sozialdemokratie – Gründung,
Programmatik, Politik und Organisation der SPD in der DDR im Prozess der
Deutschen Einheit 1989/90«

als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich 05 Gesellschaftswissenschaften, Fach Neuere und Neueste Geschichte, der
Universität Kassel eingereicht.

Datum der mündlichen Prüfung: 26. Februar 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4227-5
ISSN 0941-7621

© 2014 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg
Umschlagfoto: Fotoarchiv Jupp Darchinger im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn. *Sign.:* 6/FJHD018101.
Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg
Druck und Verarbeitung: Messner Medien GmbH, Rheinbach
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2014

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Einleitung	9
1 Gegenstand und Zielsetzung	9
2 Forschungsstand	11
3 Aufbau und Fragestellungen	20
4 Quellenlage	26
I Zweierlei Traditionslinien	29
1 Wiedergründung, Zwangsvereinigung, Verfolgung, Anpassung – Zur Geschichte der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR nach 1945	29
2 Die Bürgerbewegung und das Ende der DDR	52
2.1 Das Terrain der DDR-Opposition	52
2.2 Die Implosion der DDR und die Friedliche Revolution	58
II Von Schwante nach Berlin – Die Gründung der SDP im Kontext der Friedlichen Revolution	69
1 »Wir stellten die Machtfrage« – Der Weg nach Schwante	69
2 Programmatik, Organisation und Politik des Vorstandes der SDP im Herbst/Winter 1989	83
3 Verstreute Basisgruppen und ein Landesverband – Die Gründung der SDP in den Bezirken der DDR	104
4 Eine zögerliche Annäherung – Das Verhältnis zur West-SPD	118
5 Weichenstellungen – Die Delegiertenkonferenz vom 12.–14. Januar 1990	129
III Euphorie und Ernüchterung – Der Weg zur Volkskammerwahl	141
1 Politik im Interregnum – Runder Tisch und Regierung Modrow	141
2 Die politische und organisatorische Stabilisierung der SPD in der DDR	152
3 Die vermeintlich stärkste politische Kraft der DDR – Der Parteitag in Leipzig vom 22.–25. Februar 1990	165
4 Die unerwartete Niederlage – die Volkskammerwahlen am 18. März 1990	178
5 Der Fall Manfred »Ibrahim« Böhme	193

IV	Der schwierige Imperativ der Realpolitik – Die Ost-SPD in Regierungsverantwortung	211
1	Grundsatzkonflikt und frühe Weichenstellungen – Die Debatte um die Regierungsbeteiligung	211
2	Der sozialdemokratische Weg zur Deutschen Einheit – Die Koalitionsverhandlungen mit der Allianz für Deutschland	236
3	Die Konstituierung der Volkskammerfraktion und die Aufnahme der parlamentarischen Arbeit	258
4	Die Verhandlungen über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	272
5	Kommunalwahlen, politische Rollenkonflikte und Professionalisierung der Strukturen	303
6	Der Sonderparteitag von Halle am 9. Juni 1990	322
7	Einigungsvertrag, Wahlvertrag und das Ende der Großen Koalition	340
V	Die Einheit der deutschen Sozialdemokratie	381
1	Organisatorische und politische Vorbereitungen	381
2	Der Vereinigungsparteitag vom 26.–28. September 1990 in Berlin	406
	Zusammenfassende Schlussbetrachtung	431

Anhang

Abkürzungsverzeichnis (Institutionen, Parteien, Verbände etc.)	454
Abkürzungsverzeichnis (Standardabkürzungen)	455
Abbildungsverzeichnis (Rechte, Copyright)	456
Tabellenverzeichnis	457
Quellen- und Literaturverzeichnis	458
1 Ungedruckte Quellen	458
2 Gedruckte Quellen, Memoirenliteratur, Zeitzeugen	459
3 Sekundärliteratur	460
Personenregister	467
Orts-/Länderregister	472
Sachregister	473
Über den Autor	481

V Die Einheit der deutschen Sozialdemokratie

1 Organisatorische und politische Vorbereitungen

Der Beschluss des Parteitags von Halle, unverzüglich die Verhandlungen über die Vereinigung der beiden Sozialdemokratischen Parteien in Ost und West aufzunehmen¹, wäre fast im Getümmel um die Regierungsarbeit und die Neuwahl des Vorsitzenden untergegangen. Gleichwohl stellte er mit Abstand die für die Geschicke der jungen Partei und die deutsche Parteiengeschichte insgesamt wichtigste Weichenstellung dar, bedeutete er doch nicht mehr und nicht weniger als den offiziellen Einstieg in die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Sozialdemokratie nach über 57 bzw. 44 Jahren Verbot, Unterdrückung und Teilung. Wie bereits herausgearbeitet wurde, war seit spätestens Februar 1990 die gegenseitige Abstimmung der beiden Parteien auf politischer Ebene wie in organisatorischen Fragen immer enger verzahnt worden. Mit Beschluss des Präsidiums der West-SPD vom 2. April wurde die Zusammenarbeit durch turnusmäßig stattfindende gemeinsame Sitzungen der Präsidien und der geschäftsführenden Fraktionsvorstände fest institutionalisiert.²

Im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn liefen parallel dazu die Vorüberlegungen für eine organisatorische Vereinigung der beiden Parteien an, da spätestens seit der Volkskammerwahl der Zug zur Deutschen Einheit spürbar Fahrt aufnahm. In diesem Sinne loteten Mitarbeiter des SPD-Parteivorstandes die organisatorischen Möglichkeiten und juristischen Rahmenbedingungen hierfür aus und entwarfen verschiedene Szenarien und Zeitpläne. Bereits Anfang April 1990 hatte Peter Wardin, Referatsleiter in der Abteilung Organisation, im Vorfeld seiner Abordnung zum Berliner Büro in dieser Sache ein erstes umfangreiches Thesenpapier vorgelegt.³ Nach den Verlautbarungen der Bundesregierung zum Zeitplan für die Deutsche Einheit prognostizierte er vor dem Hintergrund der Wahlgesetzgebung, dass die Parteivereinigung spätestens bis Mitte 1991 abgeschlossen sein müsse.⁴ Zur Herstellung einer gesamtdeutschen SPD stellte er grundsätzlich zwei Modelle in den Raum: entweder die Ausdehnung der

1 Vgl. Protokoll vom Parteitag Halle 09.06.1990 (unkorr. Fassung), AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000032, S. 98 f.

2 Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der SPD am 02.04.1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Vorstandssekretariat; auszugsweise abgedr. i.: Fischer, Einheit, a. a. O., S. 282 ff., hier S. 288.

3 Vgl. Vermerk Peter Wardin für Erik Bettermann v. 06.04.1990 betr. Zusammenwachsen der beiden Parteien, AdsD SPD-Parteivorstand – Büro Stellvertretender Bundesgeschäftsführer 2/PVVDG 000281.

4 Vgl. ebd., S. 1.

West-SPD auf das Gebiet der DDR bei gleichzeitiger Auflösung der Ost-SPD und deren Überführung in die nun gesamtdeutsche Partei oder eine Parteiverschmelzung nach § 36 des Organisationsstatuts, der einen entsprechenden Beschluss eines »außerordentlichen Parteitages mit anschließender Urabstimmung in der Mitgliedschaft«⁵ vorsah. Aus in erster Linie politischen aber vermutlich auch psychologischen Gründen, die mit der Gleichberechtigung von Ost und West zusammenhingen, bevorzugte er die zweite Variante.⁶ Eingedenk eines mutmaßlichen Termins für gesamtdeutsche Wahlen im September 1991 ergab sich daraus folgender vorläufiger Zeitplan⁷: Im Oktober/November 1990 sollten beide Parteivorstände für Januar 1991 einen Parteitag zur Frage der Parteiverschmelzung einberufen, auf den bei einem entsprechenden Beschluss im Januar und Februar 1991 die Urabstimmungen in Ost und West zu folgen hätten. Nach der Feststellung des Ergebnisses sah er im März die Einberufung eines Vereinigungsparteitages für Mai oder Juni 1991 vor, der einen neuen und gemeinsamen Vorstand zu bestimmen und einen Wahlparteitag für August 1991 vorzubereiten hatte. Nur so konnte die dann gesamtdeutsche Sozialdemokratie wahlgesetzkonform am Urnengang zum ersten Bundestag des geeinten Deutschland teilnehmen. Dies war für Wardin jedoch nur der äußere Rahmen für eine Vielzahl ineinandergreifender organisationspolitischer Maßnahmen, die er für das Zusammenwachsen der beiden Parteien und vor allem für die schnelle Herstellung der vollen Kampagnenfähigkeit für unabdingbar hielt. Zuerst galt es, die Arbeit der zentralen Gremien und Geschäftsführungen in Bezug auf Verfahren und Abläufe zu synchronisieren und die Kommunikation zu intensivieren.⁸ Hierbei hatte er sowohl die regelmäßige Abstimmung und wechselseitige Teilnahme an Präsidiums-, Vorstands- sowie Kommissions- und Arbeitskreissitzungen im Blick als auch die Installierung gemeinsamer politischer und technischer Wahlkampfleitungen spätestens im Laufe des Jahres 1991.⁹ In Bezug auf die Vereinigung der Parteiapparate und hauptamtlichen Stäbe machte er sich für sofortige gemeinsame Qualifizierungsmaßnahmen sowie für den Einstieg in eine übergreifende Haushalts-, Investitions- und Personalplanung stark. Eine Reihe von Projekten zielte darüber hinaus auf den Aufbau bzw. die Intensivierung und Verfestigung der innerparteilichen Organisations-, Kommunikations-, Bildungs- und Informationsstrukturen.¹⁰ Hier sind zunächst die Einrichtung einer Mitgliederzeitung, eines Informationsdienstes und interner Vertriebsstrukturen zu nennen. Des Weiteren standen für Wardin die Etablierung einer EDV-gestützten Mitgliederverwaltung, die Verzahnung der Öffentlichkeitsarbeit sowie nicht zuletzt die innerparteiliche Aus- und Weiterbildung des Funktionärskorpus weit oben auf der Agenda. In diesen

5 Ebd.

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. ebd., S. 2.

8 Vgl. ebd.

9 Vgl. ebd.

10 Vgl. ebd., S. 3 f.

Kontext gehören auch die Angleichung der Statuten, Schieds- und Finanzordnungen, der Austausch bzw. Transfer von Veranstaltungskompetenz sowie schließlich die übergreifende Information und Dokumentation.¹¹ Zu guter Letzt regte Wardin einige zeitlich befristete Kampagnen an, von denen er sich sowohl eine Verbesserung der Außenwirkung als auch eine strukturelle Stabilisierung nach innen versprach.¹² Hier ging es ihm vor allem um die Verbesserung des Images, insbesondere der Ost-SPD, »auf der Basis von Felduntersuchungen«¹³ und, damit verbunden, um eine differenzierte Mitgliederwerbung. Zusätzlich empfahl er gezielte Strukturkampagnen zum Aufbau und zur Stärkung defizitärer Gliederungsebenen und Arbeitsgemeinschaften im Osten.

Am 2. Mai kam es in Ostberlin zu einem Spitzengespräch der beiden Geschäftsführer Anke Fuchs und Stephan Hilsberg, dessen wichtigste Grundlage die Überlegungen Wardins darstellten.¹⁴ Entsprechend wurde ein gemeinsamer organisationspolitischer Workshop für Mitte Mai anberaumt, die regelmäßige gegenseitige Teilnahme an Sitzungen der zentralen Gremien, die engere Verzahnung der Wahlkampfleitungen sowie eine Intensivierung der Zusammenarbeit in Bezug auf viele der von Wardin umrissenen organisationspolitischen Felder vereinbart.¹⁵ Knapp eine Woche später folgte ein deutlich umfangreicheres und konkreteres Papier, an dessen Entstehung neben dem Abteilungsleiter Organisation des SPD-Parteivorstands Franz H. U. Borkenhagen, dem Büroleiter der Bundesgeschäftsführerin Arnold Knigge erneut auch Wardin als Bindeglied zwischen Bonn und Berlin beteiligt war und das Mitte Mai 1990 von Anke Fuchs zur verbindlichen Richtlinie in dieser Frage erklärt wurde.¹⁶ Es umriss die wichtigsten Aktions- und Problemfelder und legte die kurz- und mittelfristige Aufgabenverteilung für die zuständigen Arbeitsbereiche des SPD-Parteivorstandes fest. Ausgehend von den Grundannahmen Wardins, dass die gesamtdeutsche SPD fristgerecht vor den Bundestagswahlen zu konstituieren sei und dies nach § 36 des Organisationsstatuts bewerkstelligt werden müsste, wurde eine Projektgruppe für die Parteivereinigung gebildet, der neben Borkenhagen, Knigge und Wardin auch Rüdiger Feiden, Mitarbeiter im Referat Organisation, und der Rechtsexperte des Parteivorstands, Rainer Stura, angehörten.¹⁷ Da die Organisationsstruktur

11 Vgl. ebd.

12 Vgl. S. 4.

13 Ebd.

14 Vgl. Vereinbarungen nach dem Gespräch zwischen Anke Fuchs und Stephan Hilsberg am 2. Mai 1990 in Ost-Berlin, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ 000457.

15 Vgl. ebd.

16 Vgl. Vermerk Franz H. U. Borkenhagen, Arnold Knigge, Peter Wardin für Anke Fuchs v. 07.05.1990 betr. Organisatorische Vorbereitungen für eine Vereinigung der SPD in der Bundesrepublik und der DDR sowie internes Rundschreiben von Anke Fuchs v. 16.05.1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Büro Stellvertretender Bundesgeschäftsführer 2/PVDG000281.

17 Vgl. ebd., S. 2 f.

der Ost-SPD zu diesem Zeitpunkt noch recht uneinheitlich und nur sehr bedingt zu den Gliederungsebenen der SPD in der Bundesrepublik kompatibel war, zählte es zu den allerersten Aufgaben Wardins, hier Klarheit zu schaffen.¹⁸ Damit eng verknüpft war das Problem der Statutenangleichung. Als Grundlage für den Vergleich und die Abwägung der wechselseitigen Anpassung sollte Rainer Stura eine Synopse der Organisationsstatuten sowie der Wahl- und Schiedsordnungen erstellen.¹⁹ Die Vereinheitlichung der Finanzordnungen blieb indes der Federführung der Schatzmeisterei vorbehalten.²⁰ Unklarheiten bestanden weiterhin in Bezug auf die derzeitige und künftige hauptamtliche Struktur der Ost-SPD, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Finanzierung einstweilen nur bis Ende Mai 1990 gesichert war. Dieses Feld zu beackern war ebenfalls die Aufgabe Wardins.²¹ Die Vorbereitung der Schulungs- und Bildungsarbeit fiel in die Zuständigkeit der Parteischule und damit der Referenten Helga Ziemann und Günter Wehrmeyer.²² In Planung waren zunächst Schwerpunktseminare zur Organisationspolitik, zur Zukunft der Einheitsgewerkschaft sowie zum Bundestagswahlkampf. Weiterhin schlugen Ziemann und Wehrmeyer für die Funktionäre der Ost-SPD Grundlagenveranstaltungen zu Organisation, Kommunikation, Institutionenkunde und allgemeiner politischer Theorie vor. Nach der Bedarfsermittlung bei den Landes- und Bezirksgeschäftsstellen der Ost-SPD sollte das in Aussicht genommene Bildungsangebot der Parteischule mit dem der Friedrich-Ebert-Stiftung abgeglichen und bis Juni 1990 ein gemeinsames Konzept vorgelegt werden.²³ Schon Wardin hatte darauf hingewiesen, welche wichtige Rolle die interne Öffentlichkeitsarbeit für die politische und strukturelle Vernetzung der Partei spielte. Entsprechend oblag es nun den u. a. für den »Vorwärts« zuständigen Redakteuren im Referat Öffentlichkeitsarbeit, Christoph Charlier und Klaus Schmuck, alsbald »Möglichkeiten zum Aufbau einer – später dann einheitlichen Öffentlichkeitsarbeit in der DDR-SPD aufzuzeigen.«²⁴ Das Referat EDV wurde beauftragt, aufsetzend auf dem bisherigen Bestand in der DDR funktionstüchtige IT-Strukturen aufzubauen sowie ein Kommunikationskonzept zu erarbeiten, das auch die Möglichkeit einer zukünftigen zentralen Mitgliederverwaltung und ein EDV-Trainingsprogramm umfasste.²⁵ Neben dem Mitarbeiteraustausch und der allgemeinen technischen Beratung standen für die West-SPD insbesondere der Auf- und Ausbau der zielgruppenorientierten Arbeitsgemeinschaften im Zentrum. Von zentraler strategischer Bedeutung war hier die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, da diese das Bindeglied zu den Ge-

18 Vgl. ebd., S. 3.

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. ebd.

21 Vgl. ebd., S. 4.

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. ebd., S. 5.

24 Ebd.

25 Ebd., S. 5 f.

werkschaften darstellte. Walter Edenhofer, der Leiter des AfA-Referats, sollte sich höchstpersönlich um die eklatanten Defizite der Ost-SPD auf diesem Gebiet kümmern und die »Möglichkeiten der politischen Betriebsarbeit«²⁶ ausloten. Die Aufgabe der fachlichen Beratung in Bezug auf die allgemeine Programmarbeit übernahm – eine durchaus erstaunliche aber in Anbetracht der Wurzeln der Ost-SPD nicht ganz abwegige Wahl – zunächst der Kirchenreferent Burkhard Reichert.²⁷ Schließlich wurde, neben dem monatlichen Jour fixe der Geschäftsführer Anke Fuchs und Stephan Hilsberg, eine feste gegenseitige Teilnahme an Vorstandssitzungen festgelegt, die in Bonn durch den Referatsleiter Politische Planung der Ost-SPD Christoph Matschie und in Ostberlin durch Arnold Knigge und Peter Wardin wahrgenommen wurde.²⁸ Die Federführung für all diese Maßnahmen und Projekte lag bei Borkenhagen und Knigge, also arbeitsteilig bei der Abteilung I Organisation/Parteiarbeit und der Bundesgeschäftsführung.²⁹ Da das Thema auf der Tagesordnung der nächsten Präsidiumssitzung am 14. Mai stand und zudem der Zeithorizont für die Herstellung der Deutschen Einheit und damit bis zur Parteivereinigung immer enger wurde, folgten die ersten Ausarbeitungen aus dem Apparat des Parteivorstandes relativ zügig. Zunächst nahm Rainer Stura Stellung, prüfte von vornherein nur den Weg der Parteiverschmelzung bei vorheriger Urabstimmung und konnte keine grundsätzlichen juristischen Hindernisse ausmachen.³⁰ Allerdings wies er darauf hin, dass »zwischen den alten Parteien und der neuen Partei keine rechtliche Identität« mehr bestünde und sie so »den verschärften Anerkennungserfordernissen gegebenenfalls auch durch die Wahlausschüsse«³¹ unterliege. Mehr Zündstoff barg der nur einen Tag danach vorgelegte Vermerk des Revisors des SPD-Parteivorstandes, Hans Feldmann, an die Schatzmeisterei.³² Fundamentale Probleme sah Feldmann auf der Basis der satzungsrechtlichen Bestimmungen und des Parteiengesetzes bezüglich der Delegiertenermittlung für den Vereinigungsparteitag. Einerseits sei deren Grundlage die Zahl jener Mitglieder, die in den vorangegangenen vier Quartalen nachweislich Mitgliedsbeiträge gezahlt hatten. Da die Ost-SPD erst im Oktober 1990 gegründet worden war und die Mitgliederregistrierungen erst langsam geordnete Formen annahmen, ergaben sich hier gravierende praktische Schwierigkeiten.³³ Andererseits würden aufgrund des erheblichen Ungleichgewichts bei den Mitgliederzahlen – die West-SPD konnte 920.000 Mitglieder

26 Ebd., S. 7.

27 Vgl. ebd.

28 Vgl. ebd., S. 7 ff.

29 Vgl. ebd.

30 Vgl. Vermerk der Rechtsstelle v. 08.05.1990 betr. Verschmelzung der SPD-BRD mit der SPD-DDR, AdsD SPD-Parteivorstand – Büro Stellvertretender Bundesgeschäftsführer 2/PVDG000281.

31 Ebd., S. 2 f.

32 Vermerk Hans Feldmann für Hans-Ulrich Klose v. 09.05.1990 betr. Satzungsrechtliche Aspekte und materielle Auswirkungen der Wiederherstellung der Einheit der SPD, AdsD SPD-Parteivorstand – Büro Stellvertretender Bundesgeschäftsführer 2/PVDG000281.

33 Vgl. ebd., S. 1.

aufbieten, während die Ost-SPD nur rund 30.000 umfasste – bei einer Gesamtdelegiertenzahl von 500 lediglich 16 aus den Bezirken der DDR entsandt werden können.³⁴ Als Lösung schlug er vor:

»[Die] Parteitage in BRD und DDR beschließen im Herbst 1990 die Außerkraftsetzung der Bestimmungen über Delegiertenmittlung in den jeweiligen Statuten und beschließen stattdessen:

- a) Gesamtzahl der Delegierten für den gemeinsamen Parteitag (z. B. 500) [...]
- b) Ermittlung der Zahl der Delegierten je LV/Bez. Aufgrund der in der EDV namentlich erfaßten Mitglieder zu einem bestimmten Stichtag (z. B. 01. Oktober 1990)
- c) Nächstfolgender ordentlicher Parteitag im Herbst 1992 mit regulärer Delegiertenmittlung (wie bisher)«³⁵

Unter diesen Voraussetzungen ließe sich, so stellte Feldmann fest, bei »Ausschöpfung der gesetzlich zulässigen Grenzen« die Delegiertenanzahl der Ost-SPD auf immerhin 85 anheben.³⁶ In Bezug auf die Vereinheitlichung der Finanzordnung sah er kaum Schwierigkeiten. Zwar läge hierzu über allgemeine Regelungen hinaus in der Ost-SPD lediglich ein Entwurf vor, der aber weitgehend auf der Finanzordnung der West-SPD basiere und in den Abweichungen eher bedenkenswerte Verbesserungen enthalte.³⁷ Die Finanzierung der Vereinigung der beiden Parteien indes und vor allem die dauerhafte Unterhaltung der Strukturen im Osten würde den SPD-Parteivorstand nach der Auffassung Feldmanns vor erhebliche Herausforderungen stellen.³⁸ Das lag nicht allein an der Mitgliederschwäche der Ost-SPD, sondern in erster Linie am Wegfall der DDR-Parteienfinanzierung nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten: »Mit Erreichen der formalen staatlichen Einheit kann es keine derartigen Zuschüsse mehr geben, daß das BVerfG solche Zuschüsse grundsätzlich für unzulässig erklärt hat.«³⁹ Dies hatte nicht nur Auswirkungen auf die Möglichkeiten bei der Unterhaltung des hauptamtlichen Apparats und der Dichte der Geschäftsstellen, sondern direkt auf die Etats der Parteibezirke, die nicht nur übergangsweise auf zusätzliche Mittel vom Parteivorstand angewiesen sein würden. Selbst erhebliche Mitgliederzuwächse versprachen hier einstweilen keine Besserung, da die daraus generierten Mittel zunächst dazu verwendet werden müssten, um die Zuschüsse aus Bonn zurückzufahren.⁴⁰ In Bezug auf den grundsätzlichen juristischen Modus der Vereinigung warf er schließ-

34 Vgl. ebd. sowie Anlage 4 hierzu.

35 Ebd., S. 2.

36 Ebd., Anlage 4.

37 Vgl. ebd., S. 2.

38 Vgl. ebd., S. 2 f.

39 Ebd., S. 3.

40 Vgl. ebd., S. 7.

lich eine allen anderen bisher vorgebrachten Meinungen zu diesem Thema diametral entgegengesetzte Argumentation in den Ring:

»Zugleich sollte – rein vorsorglich – beschlossen werden, daß die SPD auf deutschem Territorium in den Grenzen von nach 1945 wiederhergestellt wird und dafür die Bestimmungen über Urabstimmungen keine Anwendung finden. Diese waren eingeführt worden, um das Unrecht der zwangsweisen Vereinigung mit einer anderen – konkurrierenden – Partei wenigstens satzungsrechtlich unmöglich zu machen, nicht aber um die Beseitigung dieses Unrechts satzungsmäßig zu erschweren.«⁴¹

Gerade diese letzte Einschätzung Feldmanns dürfte wie eine Bombe eingeschlagen haben, stellte Sie doch die bisherigen Modelle völlig auf den Kopf. Zudem kam eine von Arnold Knigge angeforderte juristische Stellungnahme von Martin Morlock vom Lehrstuhl Dimitris Tsatsos der Fernuniversität Hagen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass es für eine Parteivereinigung aus historischen Gründen keiner Urabstimmung bedürfe.⁴² Am 14. Mai unterrichtete Anke Fuchs das SPD-Präsidium umfassend über die bisher in der Frage der Parteivereinigung angestoßenen Aktivitäten.⁴³

»Außerdem machte sie auf ein Gutachten der Universität Hagen zur Frage der Vereinigung aufmerksam. Es sei denkbar, den Weg über eine Urabstimmung zu gehen oder aber – wie seinerzeit das Saarland – durch Entscheidung des Landesparteitages einen Beitritt zur SPD zu vollziehen.«⁴⁴

Wie es scheint, zeigte sich Vogel ernstlich beeindruckt vom sich erst andeutenden Ausmaß der im Zuge der Parteivereinigung zu bewältigenden Aufgaben und Lasten:

»Was die organisationspolitische Leistungskraft der Schwesterpartei anbelange, sei er in seiner Beurteilung in der Vergangenheit offenbar zu optimistisch gewesen. Er kündigte an, daß er nach dem 9. Juni mit dem neugewählten Parteivorsitzenden im Detail über die Vereinigung sprechen werde.«⁴⁵

41 Ebd., S. 2.

42 Vgl. Martin Morlock: Kurze Überlegungen zu den rechtlichen Bedingungen für eine Vereinigung von Parteien im Zuge der deutschen Einigung v. 11.05.1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Büro Oskar Lafontaine 2/PVDE000764.

43 Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung am 14.05.1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Vorstandsekretariat (o. Sign.).

44 Ebd., S. 6.

45 Ebd.

Mit diesem Rückenwind legte Feldmann wenige Tage später nach.⁴⁶ Zunächst nahm er die juristische Grundlage genauer unter die Lupe. Die Regelungen zur Urabstimmung bei Parteiverschmelzungen seien angesichts der Zwangsvereinigung von SPD und KPD getroffen worden. 1946 wurden in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zwei konkurrierende Parteien fusioniert, und zwar durch Beschlüsse und Übereinkommen der jeweiligen Führungen. Die heutige Situation sei eine ganz andere. Da es der Sozialdemokratie zwischen 1946 und 1989 nicht möglich gewesen sei, sich zu organisieren, und zudem die deutsche Vereinigung gleichsam als eine »Erweiterung des Staatsgebietes«⁴⁷ zu interpretieren sei, handelte es sich nach Feldmanns Auffassung nun keinesfalls um eine Situation, auf die die Bestimmungen des Parteiengesetzes und des Organisationsstatuts der SPD anzuwenden seien:

»Die SPD in der DDR ist im Verhältnis zur SPD in der BRD keine ›andere Partei‹. Sie kann allenfalls aus formalen Gründen der noch gegebenen Zweistaatlichkeit als Parallelorganisation bezeichnet werden.«⁴⁸

Auch der Vergleich mit der von der SPD geforderten plebiszitären Unterfütterung und Legitimierung der Deutschen Einheit sei nicht statthaft, denn dabei stand nicht die Frage der staatlichen Vereinigung an sich zur Abstimmung, sondern die Inhalte einer gesamtdeutschen Verfassung. Da es bei einer parteiinternen Urabstimmung »um die Frage ›Zusammenlegung ja oder nein‹ ginge, seien diese Fragestellungen »nicht vergleichbar«⁴⁹. Es bleibt zu ergänzen, dass Feldmann wohl der Auffassung war, dass diese Alternative an sich sinnlos sei, denn wer konnte in der SPD in Ost und West schon ernsthaft gegen die Einheit der deutschen Sozialdemokratie sein? Insofern hätte sich neben dem rein symbolischen Wert aus einer Urabstimmung keinerlei Nutzen für die Partei ergeben. Im Gegenteil, es wären ohne Not große Mengen an Zeit, juristischem Sachverstand und nicht zuletzt erhebliche finanzielle Mittel an ein im Kern obsoletes Projekt der Selbstvergewisserung verschwendet worden. Weitere gewichtige Argumente Feldmanns stellten die These von der lediglich durch Unrechtsmaßnahmen gebrochenen Kontinuität der deutschen Sozialdemokratie seit 1864 und die zweifelsfrei festgestellte Rechtsnachfolge der West-SPD dar:

»Auch dieser Gesichtspunkt spricht dafür, daß die in der DDR entstandenen Teile der SPD der Gesamtpartei beitreten. Im übrigen kann auch ohne empirische Forschung davon ausgegangen werden, daß die Menschen, die in den vergangenen

46 Vgl. Hans Feldmann: Thesen zur Urabstimmung auf der Grundlage des Gutachtens der Fernuniversität Hagen v. 17.05.1990, AdSD SPD-Parteivorstand – Büro Stellvertretender Bundesgeschäftsführer 2/PVDG000281.

47 Ebd., S. 1.

48 Ebd.

49 Ebd.

7 Monaten in die SPD eingetreten sind, eben in ›die SPD‹ und nicht in eine eigenständige andere Partei, die nur zufällig den gleichen Namen trägt, eingetreten sind. Dies geschah auch im Bewusstsein der baldigen Vereinigung. [...] Die nach der Beseitigung des Unrechts spontan entstandenen sozialdemokratischen Gliederungen können doch nicht ernsthaft als eine ›andere Partei‹ betrachtet werden. Sie stehen schließlich auch nach eigenem bekundeten Selbstverständnis in der Tradition der deutschen Sozialdemokratie seit 1864.«⁵⁰

Vom 16. bis 18. Mai fand in Prieros bei Berlin die oben schon kurz erwähnte Planklausur statt, die die »organisatorische Vorbereitung für die Vereinigung der SPD in der BRD und der DDR sowie für die gesamtdeutschen Wahlen«⁵¹ zum Thema hatte. Neben Hilsberg, Timm, Walnsch und Krug aus der Ostberliner Parteizentrale, Borkenhagen, Hartung und Wardin aus der Abteilung Organisation des Erich-Ollenhauer-Hauses waren Vertreter der Gliederungen in der DDR, der wichtigsten Partnerbezirke in der Bundesrepublik sowie nicht zuletzt des Planungsstabes von Oskar Lafontaine beteiligt.⁵² Inhaltlich bewegte sich die Tagung weitestgehend in den von Wardin und den Bonner Mitarbeitern des SPD-Parteivorstandes vorgezeichneten Bahnen. Am Beginn stand die wenig erbauliche Erkenntnis, dass es der Ost-SPD »an einem fest definierten Profil und einer Botschaft, an einem klaren Erscheinungsbild« und »der Wählerschaft einer linken Volkspartei«⁵³ fehle. Darüber hinaus bestünden »erhebliche Unterschiede in Programmatik und Wählermilieus«, die in Bezug auf einen gemeinsamen Wahlkampf »dringend erörtert und abgestimmt werden«⁵⁴ müssten. Vor diesem Hintergrund sollten die Parteivereinigung forciert, die Wahlkampfapparate auf den verschiedenen Ebenen enger koordiniert und das Konzept »Fortschritt '90« zum Umbau und der Modernisierung der Industriegesellschaft in Bezug auf die Belange der DDR erweitert und modifiziert werden.⁵⁵ Die in diesem Sinne diskutierten und auf den Weg gebrachten organisationspolitischen Maßnahmen zur Stärkung der Ost-SPD entsprachen bis ins Detail den Planungen der Arbeitsgruppe Parteivereinigung des Erich-Ollenhauer-Hauses.⁵⁶ Als besonders wichtig für die Ost-SPD stellte Hilsberg neben der Mitgliederwerbung die demoskopische Erforschung des Profils der Ost-SPD und die personelle und organisatorische Hilfe aus dem Wes-

50 Ebd., S. 2.

51 Vermerk Peter Wardin v. 25.05.1990 betr. Organisatorische Vorbereitung für die Vereinigung der SPD in der BRD und der DDR sowie für die gesamtdeutschen Wahlen, mit drei Anlagen, AdSD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000457.

52 Vgl. ebd.

53 Anlage 1 hierzu, S. 1.

54 Ebd.

55 Vgl. ebd.

56 Vgl. ebd., S. 2.

ten heraus.⁵⁷ Gleichzeitig mahnte er an, dass »alle Maßnahmen – auch personelle Verstärkung – [...] auf die jetzt auf den Parteitag definierten Strukturen Rücksicht [zu] nehmen«⁵⁸ hätten. Die anschließend vereinbarte Aufgabenverteilung⁵⁹ sah vor, dass das Erich-Ollenhauer-Haus sich alleinverantwortlich in erster Linie um die EDV, die Schulung, die technische, fachliche, juristische und steuerrechtliche Beratung sowie um den Rednereinsatz und die Veranstaltungsorganisation kümmern sollte. Eine enge Zusammenarbeit der beiden Parteizentralen wurde in Bezug auf die innerparteiliche Öffentlichkeitsarbeit der Ost-SPD, die politische, organisatorische, wahlkampftechnische und personelle Verzahnung sowie den Aufbau der Arbeitsgemeinschaften in Aussicht genommen.⁶⁰ Schließlich wurden gemeinsame Arbeitsgruppen für die organisatorische Basisarbeit in der DDR sowie die Vereinheitlichung der Statuten und die Vorbereitung des Vereinigungsparteitages eingesetzt.⁶¹

Im Laufe der nächsten drei Wochen legten die beauftragten Projektgruppen und Verantwortlichen in Bonn ihre Expertisen und Maßnahmenkataloge vor. Den Anfang machte am 21. Mai Günter Wehrmeyer von der Parteischule.⁶² Nach Gesprächen in Ostberlin stellte diese einschlägige Publikationen und Tagungen zur innerparteilichen Bildungsarbeit in Aussicht, die speziell auf die Bedürfnisse der Ost-SPD zugeschnitten waren. Der Verein für politische Bildung und soziale Demokratie e. V., der Ableger der Friedrich-Ebert-Stiftung in der DDR, hatte u. a. Seminare zu politischem Management, Presse- und Medientraining, der Personal- und Verhandlungsführung sowie EDV und Fremdsprachen zugesagt, die sich an die unterschiedlichen Funktionsebenen der jungen Partei richteten.⁶³ Die Parteischule steuerte schließlich mehrtägige Kurse zu Büroorganisation, Führungskompetenz, Rhetorik und zur Gewerkschaftspolitik bei.⁶⁴ Nachdem somit die grundlegenden und unmittelbar notwendigen Fertigkeiten der Parteiarbeit abgedeckt schienen, setzten die Verantwortlichen des SPD-Parteivorstands für das Jahr 1991 weitere Unterweisungen in Geschichte, europäischer Einigung und Ökonomie sowie Organisationspolitik auf die innerparteiliche Bildungsagenda.⁶⁵

57 Anlage 2 hierzu, S. 1.

58 Ebd.

59 Anlage 3 hierzu.

60 Vgl. ebd.

61 Vgl. ebd.

62 Vgl. Vermerk Günter Wehrmeyer für Anke Fuchs v. 21.05.1990 betr. Gespräch mit Gerd Döhling, SPD-DDR, am 17. Mai 1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000460.

63 Vgl. ebd., S. 2 f.

64 Vgl. Ergebnisprotokoll über das Gespräch mit Gerd Döhling, Berlin, Rungestraße am 12. Juni 1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000460.

65 Vgl. ebd.

Naturgemäß recht umfangreich fiel Wardins Analyse der in der DDR vorhandenen Parteistrukturen aus, die er zum 31. Mai vorlegte.⁶⁶ Einleitend stellte er fest, dass realistischerweise von einem Mitgliederstand von 25.000 bis 30.000 ausgegangen werden müsse, von denen lediglich 13.000 Personen im Erich-Ollenhauer-Haus namentlich bekannt seien. Weiterhin berichtete er von der sukzessiven Gründung der Landesverbände auf der Basis der 15 Bezirksorganisationen und den Bemühungen der Ost-SPD, auf der Ebene der Verwaltungskreise der DDR hauptamtliche Strukturen und Geschäftsstellen einzurichten. Die Mittel hierfür stammten nach den Regelungen der DDR-Parteienfinanzierung aus den beim Staatsrat der DDR vormals für die SED vorgesehenen Etabeleiten und galten bis Ende 1990 als gesichert.⁶⁷ Die grundsätzliche Finanz- und Personalhoheit lag beim Parteivorstand in Ostberlin, der plante, diese nach dem Ende der Finanzierungszusage Anfang 1991 auf die Landes- und Bezirksverbände zu übertragen.⁶⁸ Sorgen machten Wardin die vier bzw. fünf Gliederungsebenen – Basisgruppe/Ortsverein, Kreisverband/Unterbezirk, Bezirks- und Landesverband –, die in der Ost-SPD existierten, und das nicht nur aus Gründen der Satzungsanpassung:

»Es stellt sich als außerordentlich nachteilig heraus, daß die Zahl der Gliederungsebenen gemäß Statut der SPD in der DDR sehr hoch ist. Da man davon auszugehen hat, daß ab der Unterbezirksebene hauptamtliche Strukturen vorzuhalten sind, sind die Organisationsgliederungen insgesamt völlig überfordert, eine ausreichende finanzielle Deckung zu erwirtschaften. Im Zuge der Anpassung an das Statut der SPD in der Bundesrepublik dürfte davon auszugehen sein, daß schon aus finanziellen Gegebenheiten es unproblematisch wäre, eine Reform in Richtung von drei Organisationsgliederungen durchzuführen.«⁶⁹

Als Konsequenz entwarf er auf der Basis der vorhandenen Struktur ein zum Statut der West-SPD kompatibles Dreiebenenmodell bzw. interpretierte sie entsprechend um.⁷⁰ Als unterste Ebene definierte er die »den überschaubaren Wohnbereich« erfassenden Ortsvereine. Deren Anzahl sollte – gleichsam als erweiterbare Organisationskerne –, entgegen der Tendenz, mehrere schwache Gliederungssegmente zusammenzufassen, vergrößert werden. Konsequenterweise mussten damit die Basisgruppen völlig wegfallen bzw. zu Ortsvereinen umgewidmet werden. Darüber siedelte er die Unterbezirke an, die territorial nach Möglichkeit den künftigen Bundeswahlkreisen entsprechen

66 Vgl. Vermerk Peter Wardin für Franz H. U. Borkenhagen und Arnold Knigge v. 31.05.1990 betr. Organisationsstruktur der SPD in der DDR, AdSD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000460.

67 Vgl. ebd., S. 1.

68 Vgl. ebd.

69 Ebd.

70 Vgl. ebd., S. 2.

sollten. Land- oder Stadtkreisverbände wollte er allenfalls als Wahlkampfplattformen auf kommunaler Ebene, nicht aber als offizielle Parteistrukturen akzeptieren. Als höchste Gliederungsebene definierte er, analog zu den Parteibezirken in der Bundesrepublik, die bereits bestehenden oder noch zu gründenden Landesverbände. Da damit die 15 Bezirksorganisationen obsolet wurden, diese aber vor allem in Brandenburg und Sachsen stark ausgeprägte Traditionen hatten, deuteten sich hier, auch angesichts der gerade von Hilsberg artikulierten Warnung, beschlossene Strukturen nicht anzutasten, gewisse Konflikte an.⁷¹ Wardin baute jedoch auf die normative Kraft des Faktischen und nicht zuletzt auf die heilsamen Wirkungen der aus dem Parteienfinanzierungsgesetz erwachsenden Zwänge:

»Ich gehe davon aus, daß es durch die stärkere Einbeziehung von Vertretern der SPD in der DDR in die Arbeit unserer organisationspolitischen Kommission möglich wird, diese Empfehlungen in eine behutsame Umstrukturierungsphase für die Gliederungsebenen der SPD in der DDR einzuleiten.«⁷²

Die Finanzordnungen sollten nach dem Willen Wardins so gestaltet werden, dass die Finanzhoheit grundsätzlich bei den Landesverbänden lag, die damit die Strukturen auf der Landes- und Unterbezirksebene zu unterhalten hatten.⁷³ Gleichzeitig dämpfte er allzu hohe Erwartungen:

»Für eine Übergangszeit ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß ein Geschäftsführer mehrere Unterbezirke betreuen muß (was gewissen Strukturen in Baden-Württemberg und Südbayern entspräche).«⁷⁴

Keine Illusionen machte er sich, wohl auch in Kenntnis der Projektionen Feldmanns, über die Notwendigkeit eines langfristigen besonderen Förderprogramms des Parteivorstands für die Partei auf dem Gebiet der DDR, wohl aber bei der Erwartung des Mitgliederwachstums, wenn er von einer Verdreifachung der Mitgliederzahlen ausging.⁷⁵ Ebenfalls sehr optimistisch war seine Erwartung von Ausgleichszahlungen aus der Parteienfinanzierung »im Sinne einer Gleichbehandlung mit der CDU und der FDP« angesichts der jahrzehntelangen Finanzierung der Apparate der Blockparteien aus dem DDR-Staatssäckel.⁷⁶ Besonderen Zündstoff barg das Papier Wardins in Bezug auf die Zukunft der Strukturen des Vorstandes der Ost-SPD in Berlin.⁷⁷ In

71 Vgl. ebd.

72 Ebd., S. 3.

73 Vgl. ebd.

74 Ebd.

75 Vgl. ebd.

76 Vgl. ebd., S. 4.

77 Vgl. ebd.

der Rungestraße existierten starke Tendenzen, die Geschäftsstelle als »politisches Koordinationsgremium« für die SPD in den neuen Bundesländern erhalten zu wollen. Dagegen wandte sich Wardin scharf und mit durchaus guten Argumenten, denn dem Vorstand war es auch in der Vergangenheit nur bedingt gelungen, seine Führungsrolle gegenüber den Gliederungen auch tatsächlich auszufüllen:

- »Spätestens nach Wegfall der Voraussetzungen (Auflösung der Volkskammer und Durchführung von gesamtdeutschen Wahlen) erwiese sich ein politisches Gremium DDR-Landesverband eher als hinderlich für den gewünschten Integrationsprozeß.
- Die innerparteiliche Willensbildung liefe an diesem vorbei, da die Landesverbände der DDR die eigentliche Grundlage der Organisation bleiben werden.
 - Die Grundlage für eine notwendige politische Koordination existiert nach der staatlichen Einheit nicht mehr, so daß zu erwarten wäre, daß das Interesse der Parteigliederungen aus der heutigen DDR an diesem Gremium rapide abnehmen würde.
 - Es ist nicht vorstellbar, daß die Landesverbände der SPD in der heutigen DDR einen zwischengeschalteten Filter für ihre politischen Initiativen überhaupt akzeptieren werden.«⁷⁸

Wohl aber konnte er sich eine »organisationspolitische Serviceeinheit des Parteivorstandes«⁷⁹ vorstellen, die den Gliederungen im Osten gezielt zuarbeiteten. Den Landesverbänden indes traute er durchaus die Integration in die gesamtdeutsche Partei ohne die Vermittlung eines Treuhändergremiums zu.⁸⁰

Ebenfalls Ende Mai reichte Stura seine Synopse⁸¹ zum inhaltlichen und juristischen Vergleich der Statuten der beiden Schwesterparteien ein. Er konstatierte zahlreiche Unterschiede in den jeweiligen Definitionen und Bestimmungen, angefangen bei der Mitgliedschaft und der Gliederungsstruktur über die Partei- und Wahlämter bis hin zu den Parteigremien und der Kontroll- und Schiedskommission. Eine Vielzahl dieser Abweichungen betraf lediglich Nuancen, vereinzelt gab es aber auch substantielle Unterschiede. In vielerlei Hinsicht war freilich das Statut der West-SPD lediglich differenzierter und ausformulierter, an manchen Stellen aber hatten die Genossen aus dem Osten auch bewusst andere Akzente gesetzt. Insofern ergab sich allein aus dem Statutenvergleich ein respektable Anpassungsbedarf, der nicht in allen Punkten unproblematisch zu werden versprach. Diese Zwischenergebnisse der Sachverständigen des Erich-Ollenhauer-Hauses gingen zwar noch nicht explizit in die Verhandlungen

78 Ebd.

79 Ebd.

80 Vgl. ebd.

81 Vgl. Vermerk der Rechtsstelle für Franz Borkenhagen v. 31.05.1990 betr. Synopse, mit Anlage, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000460.

des nächsten monatlichen Treffens von Fuchs und Hilsberg am 31. Mai ein, dürften aber im Hinterkopf der Beteiligten aus der Bundesrepublik durchaus schon präsent gewesen sein.⁸² Als Ergebnis der Unterredung wurden – den Bonner Vorarbeiten folgend – wichtige Weichen in Richtung Parteivereinigung gestellt. Zunächst modifizierten die Beteiligten den Zuschnitt der in Prieros vereinbarten gemeinsamen Arbeitsgruppen, indem die Aufgabe der Organisationsangleichung und Personalplanung der Vorbereitung des Vereinigungsparteitages zugeschlagen und eine neue Runde für ein gemeinsames Wahlprogramm geschaffen wurde. Die Gruppen sollten jeweils paritätisch aus Ost und West mit sechs hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt werden und ihre Arbeit unmittelbar nach dem Parteitag von Halle am 9. Juni aufnehmen.⁸³ Die Verschränkung der Arbeit der Wahlkampfleitungen wurde konkretisiert: Insbesondere auch im Hinblick auf die Vorbereitung der kommenden Landtagswahlkämpfe sollten ab Sommer aus dem Erich-Ollenhauer-Haus und den Gliederungen der West-SPD jeweils drei hauptamtliche Mitarbeiter für ein Jahr an die ostdeutschen Landesverbände abgeordnet werden.⁸⁴ Die mobile Mitgliederwerbegruppe, für die zehn Angehörige der Ost-SPD und zwei aus der Bundesrepublik vorgesehen waren, wurde ebenso auf den Weg gebracht wie weitere organisationspolitische Konferenzen in Aussicht genommen.⁸⁵ Ganz im Sinne der Bonner Arbeitsgruppe gingen nun auch sämtliche Maßnahmen in Bezug auf die innerparteiliche Kommunikation und Informationsversorgung, die Schulungs- und Bildungsarbeit sowie zum Aufbau tragfähiger EDV-Strukturen in die Umsetzungsphase.⁸⁶ Bemerkenswert ist, dass Borkenhagen, Knigge und Wardin, ohne dass dies mit Hilsberg explizit besprochen worden wäre, in ihren Ratschlägen für Vogel und Fuchs bezüglich der Angleichung der Organisationsstrukturen, der Personalplanung, aber auch der Satzungsfragen Vorentscheidungen im Sinne der oben diskutierten Situationsanalysen nahe legten.⁸⁷ Allzu viel

82 Vgl. Vermerk Franz H. U. Borkenhagen, Arnold Knigge und Peter Wardin für Hans-Jochen Vogel und Anke Fuchs v. 06.06.1990 betr. Parteivereinigung, hier: Vorbereitung von Gesprächen auf dem Parteitag in Halle am 9. Juni 1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000459 sowie Vermerk Franz H. U. Borkenhagen, Arnold Knigge und Peter Wardin für Anke Fuchs v. 30.05.1990 betr. Gespräch mit Stephan Hilsberg, AdsD SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs 2/PVDZ000272 bzw. SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000460. Letzterer Vermerk diente der inhaltlichen Vorbereitung der Bundesgeschäftsführerin. Er liegt in zwei Ausfertigungen mit jeweils handschriftlichen Notizen von Borkenhagen und Knigge vor, die die Ergebnisse der Unterredung dokumentieren.

83 Vgl. Vermerk Franz H. U. Borkenhagen, Arnold Knigge und Peter Wardin für Hans-Jochen Vogel und Anke Fuchs v. 06.06.1990 betr. Parteivereinigung, hier: Vorbereitung von Gesprächen auf dem Parteitag in Halle am 9. Juni 1990, S. 2, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000459.

84 Vgl. ebd., S. 4.

85 Vgl. ebd., S. 4 f.

86 Vgl. ebd., S. 5 ff.

87 Vgl. ebd., S. 3.

Verhandlungsspielraum scheint die Abteilung I des SPD-Parteivorstandes jedenfalls nicht gesehen zu haben; das insinuiert zumindest folgende Formulierung:

»Beide Fragen (Organisationsstruktur und hauptamtliche Struktur) sollten in der zu bildenden Arbeitsgruppe eingehend erörtert und mit einem entscheidungsfähigen Vorschlag beantwortet werden.«⁸⁸

Auch auf die Gefahr hin, einige technische Details aus den Augen zu verlieren, können die weiteren Beiträge der Referate Öffentlichkeitsarbeit, EDV und der Parteischule weitestgehend übergangen werden.⁸⁹ Eine Erkenntnis, die eine Mitarbeiterin der Pressestelle von einer Reise in die DDR mitbrachte, benennt jedoch ein grundlegendes Organisationshemmnis, das noch lange bestehen und sich sogar noch verschärfen sollte:

»Für eine Mitgliederstabilisierung fehlen alle Mittel und insbesondere bei der Beratung, was denn vor Ort zu tun sei, ist kein Angebot vorhanden [...] Die Problematik der Mitgliederwerbung wird außerdem dadurch erschwert, daß viele DDR-Bürger nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte außerordentlich parteiorganisationsmüde sind. Verständlich.«⁹⁰

Nicht nur vor diesem Hintergrund war Walter Edenhofers Plan zum Aufbau der AfA in der DDR, den er am 6. Juni vorlegte⁹¹, von besonderer Bedeutung. Zum einen sollten damit grundsätzlich organisationsaffine DDR-Bürger an die Sozialdemokratie herangeführt werden, zum anderen wollte man damit endlich den Schulterchluss mit den Gewerkschaften als wichtigste Partnerverbände der SPD im vorpolitischen Raum erreichen, der bislang in der DDR so gründlich misslungen war. Insofern setzte er auf der politischen Makroebene an und stellte einleitend fest, dass die SPD in den Verhandlungen über den ersten Staatsvertrag zwar sozial- und arbeitsmarktpolitisch etliches erreicht habe, gleichwohl den Arbeitnehmern in der DDR eine zentrale Botschaft zu vermitteln sei: Die »sozialpolitischen Forderungen von Sozialdemokraten und Gewerkschaften« deckten sich nicht mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft – sie gingen darüber hinaus, weil das gemeinsame Ziel die »Ausrichtung der Gesamtpolitik am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und einer solidarischen Gesell-

88 Ebd.

89 Sie befinden sich sämtlich in: AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBj000460.

90 Notizen zum Besuch bei der SPD in der DDR, o. D., o. Verf. [verm. Barbara Schwehn], S. 1, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBj000460.

91 Vgl. Aktionsprogramm für den Aufbau und die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der DDR v. 06.06.1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBj000460.

schaft« sei.⁹² Wie auch im Westen sollte die AfA in der DDR als organisatorisches Bindeglied zwischen Arbeitnehmern, Betriebsräten, Gewerkschaften und SPD die genuinen Arbeitnehmerinteressen in der Partei artikulieren und in deren Willensbildungsprozess einbringen.⁹³ Konkrete Ansatzpunkte für eine bessere Verankerung der SPD in der Arbeiterschaft sah Edenhofer einerseits in der Unterstützung der Gewerkschaften bei der konkreten Umsetzung etwa des Betriebsverfassungsgesetzes und der betrieblichen Mitbestimmung sowie andererseits der Kandidatur von Sozialdemokraten bei Betriebs- und Personalratswahlen.⁹⁴ Als öffentlichkeitswirksame Initialzündung für die Gründung der AfAs auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene projektierte er eine überregionale Arbeitnehmerkonferenz von Parteivertretern, Betriebsräten und Gewerkschaftern für September 1990, der weitere Treffen dieser Art auf den jeweiligen Ebenen der Gliederungen zu folgen hatten. Gleichwohl war er sich klar darüber, dass die eigentliche Basisarbeit in den Betrieben selbst durch Vertrauensleute geleistet werden musste. Neben allgemeiner Informations- und Bildungsarbeit waren also zuallererst die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den in Gründung befindlichen freien Gewerkschaften und die Vorbereitung der Betriebsratswahlen das Gebot der Stunde.⁹⁵ Zwar waren die Überlegungen Edenhofers in sich schlüssig und stringent, wirken aber doch ein wenig wie die etwas starre und schematische Übertragung westlicher Konzepte, die in einer völlig anderen organisatorischen Umgebung und Tradition sinnvoll und erfolgreich waren, auf die DDR. Ansatzpunkte, um den Teufelskreis aus völliger Überspannung der personellen Möglichkeiten der Ost-SPD, mangelnder Bindung an die Gewerkschaften und allgemeiner Organisationsmüdigkeit aufzubrechen, sucht der Betrachter vergeblich. Insofern blieb es abzuwarten, ob sich die durchaus beachtlichen Mittel, die Edenhofer für sein Programm einforderte⁹⁶, auszahlen würden.

In der Ost-SPD wurden die organisatorischen und juristischen Probleme der Parteivereinigung auf Vorstands- und Präsidiumsebene offenbar zunächst nur wenig und allenfalls oberflächlich diskutiert. In den Gremienprotokollen taucht das Thema einigermaßen ausführlich erst am 28. Mai 1990 im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Parteitages von Halle auf, zu einem Zeitpunkt also, als die Bonner Planungen schon relativ weit gediehen waren und Hilsberg schon praktisch in diesen Prozess eingebunden war:

»Die Vereinigung ist rechtzeitig anzudenken und zu diskutieren, eine schnelle Vereinigung löst aber die innerparteilichen Probleme nicht. Es ist im Gegenteil wich-

92 Ebd., S. 1 f.

93 Vgl. ebd., S. 2.

94 Vgl. ebd.

95 Vgl. ebd., S. 4 f.

96 Vgl. ebd., S. 6.

tig, erst für innere Stabilität zu sorgen, bevor ein Konzept für die Vereinigung der Parteien erarbeitet wird. Die Partnerschaft zwischen beiden Parteien muß auf dem aktuellen Stand entsprechend qualifiziert werden.«⁹⁷

In dieser knappen Notiz deuten sich nicht nur gewisse Kommunikationsdefizite zwischen Geschäftsführung und Vorstand der Ost-SPD an, sondern sie offenbart mit ihrer Reduzierung auf die Binnenperspektive eine erstaunliche Verkennung der gesamten Tragweite der Vorbereitungen der Parteivereinigung. Die inhaltlichen Aspekte dieser Grundposition bekräftigte der Vorstand noch einmal eine Woche später am Vorabend des Parteitags.⁹⁸

Über den vollen Umfang und die inhaltliche und organisatorische Tiefendimension der Verhandlungen mit dem Erich-Ollenhauer-Haus unterrichtete Hilsberg das Präsidium der Ost-SPD erst zur Sitzung am 15. Juni.⁹⁹ Um die Interessen der Ost-SPD wirkungsvoll artikulieren zu können, regte er zur Unterfütterung der geplanten gemeinsamen Kommissionen und Arbeitsgruppen eigene Verhandlungsdelegationen an, die in erster Linie die politisch-programmatische Ebene des Wahlprogramms im Auge behalten sollten.¹⁰⁰ Für die künftigen gemeinsamen Gremien sowie den Parteitag forderte er eine Quotierung von 40 Prozent für die Ost-SPD, die gleichzeitig eine Sperrminorität beinhaltet, mit einer Geltung von mindestens vier Jahren. Darüber hinaus strebte er an der Parteispitze »2 gleichrangige Parteivorsitzende [...] sowie 4 Stellvertreter, davon 2 aus den Ländern der DDR«¹⁰¹ an. Dass die Parteivereinigung nur auf dem Wege der Urabstimmung legitimiert und durchgeführt werden konnte, stand für ihn außer Frage.¹⁰² Diese Linie wurde ohne Abstriche vom Präsidium bekräftigt und beschlossen:

»Wir müssen rechtzeitig, wenn nötig in harten Verhandlungen, unsere Bedingungen für die Parteivereinigung einbringen.

97 Protokoll der Vorstandssitzung am 28.05.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

98 »Der Vorstand sollte vom Parteitag legitimiert werden, die Vereinigung der Parteien inhaltlich zügig vorzubereiten, ohne jedoch den frühen Termin zu fördern.« Protokoll der Vorstandssitzung am 08.06.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

99 Vgl. Vorlage für die Präsidiumssitzung am 15.06.1990 zur Parteivereinigung v. 14.06.1990, Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061 sowie Aktennotiz für die Präsidiumssitzung vom 15.06.1990 betr. Zusammenarbeit der SPD (DDR) und SPD (BRD) v. 14.06.1990, ebd.

100 Vgl. Vorlage für die Präsidiumssitzung am 15.06.1990 zur Parteivereinigung v. 14.06.1990, Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

101 Ebd.

102 Vgl. ebd.

- Obwohl die Parteien unterschiedlich groß sind, sollten sie gleichberechtigt bewertet werden.
- Eine klare Quotierung zugunsten unserer Partei für die Besetzung der Gremien in einer Übergangszeit ist unabdingbar.
- Der Vereinigungsparteitag muß in Berlin stattfinden.
- Für eine Übergangszeit sollte eine gewisse Eigenständigkeit des Teils der SPD auf ehemaligem DDR-Territorium gewährleistet werden, da die Probleme in diesem Teil andere sind, als im westlichen Teil.
- bei der funktionalen Besetzung im gemeinsamen Parteivorstand (GF, SM) müssen wir Forderungen für uns einbringen.«¹⁰³

Angesichts der oben analysierten Planungen des Erich-Ollenhauer-Hauses versprachen die Verhandlungen also unerwartet schwierig zu werden, zumal sich nach dem Vereinigungsbeschluss von Halle in Bonn der Diskussionsprozess immer weiter zugunsten der Position Feldmanns entwickelt hatte. Anders ist das leidenschaftliche Plädoyer Wardins, der die Stimmungslage in der Ost-SPD aus eigener Anschauung bestens kannte, für die Urabstimmung kaum zu verstehen.¹⁰⁴ Zwar ließ die Spitze der West-SPD bei ihrem Votum für die Einleitung der Parteivereinigung vom 13. Juni diese Frage bewusst offen, aber die Stimmen, die sich gegen eine Urabstimmung und für die Ausdehnung der West-SPD auf das Gebiet der DDR nach dem Feldmann'schen Modell aussprachen, waren deutlich vernehmbar.¹⁰⁵ Bei den anwesenden Vertretern der Ost-SPD müssen spätestens in diesem Moment die Alarmglocken überdeutlich geschrielt haben. Verstärkt wurde dieser Effekt durch eine für die ostdeutschen Genossen offensichtlich höchst unerfreuliche Besprechung der beiden Schatzmeistereien, die am selben Tag in Bonn stattfand.¹⁰⁶ Nach Klosés ausführlicher Bilanz der finanziellen Schwierigkeiten, Herausforderungen und auch Belastungen, die die Parteivereinigung für die Parteikasse bedeutete, protokollierten die Mitarbeiter Kuessners erzürnt:

»Den Vertretern der DDR-SPD ist die Behandlung als Konkursmasse nicht neu. [...] Die Bonner Vorstellungen lassen Kollegialität, sonst betonte Bescheidenheit und Solidarität vermissen und zeigen deutliche Alleinentscheidungsansprüche

103 Protokoll der Präsidiumssitzung am 15.06.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

104 Vgl. Vermerk Peter Wardin für Franz H. U. Borkenhagen und Arnold Knigge v. 11.06.1990 betr. Verschmelzung der beiden Parteien, hier: Durchführung einer Urabstimmung, AdsD SPD-Parteivorstand – Abteilungsleitung I Organisation 2/PVBJ000460.

105 Vgl. Protokoll über die gemeinsame Sitzung von geschäftsführendem Fraktionsvorstand und Präsidium v. 13.06.1990, abgedr. i.: Fischer, Einheit, a. a. O., S. 324.

106 Vgl. Niederschrift über ein Gespräch zwischen Vertretern der beiden SPD am 13.06.1990 in Bonn v. 17.06.1990, AdsD SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR 2/VKFA000112.

(H.-U. Klose verneint einen DDR-SPD-Politiker als stellv. Vorsitzenden einer gesamtdeutschen SPD).«¹⁰⁷

Darüber hinaus hatte Klose unmissverständlich klargemacht, dass aus Sicht der Schatzmeisterei im Erich-Ollenhauer-Haus der hauptamtliche Personalbestand der Ost-SPD, insbesondere auch in der Rungestraße, »stark reduziert« werden müsse, es sei denn, die Gliederungen in den neuen Ländern wären in der Lage, diesen Apparat selbst zu finanzieren.¹⁰⁸ Kurz darauf tagte zum ersten Mal die gemeinsame Kommission zur Parteivereinigung¹⁰⁹, an der von westlicher Seite u. a. Vogel, Fuchs, Klose, Däubler-Gmelin und Stobbe sowie von östlicher Seite Thierse, Hilsberg, Kamilli, Kuessner und Ringstorff beteiligt waren. Thierse plädierte zunächst dafür, den Parteitag zu einem positiven Signal für den sozialdemokratischen Blick auf die staatliche Einigung zu machen und vor diesem Hintergrund Ostberlin als Tagungsort zu wählen. Ganz auf dieser Linie setzte er sich entsprechend der zuvor gefassten Beschlüsse für eine Quotierung der Delegierten und Gremien ein. Hilsberg sekundierte und brachte zusätzlich seine Forderung nach einer zeitweiligen Sperrminorität für die Ost-SPD ins Spiel.¹¹⁰ Vogel hütete sich wohlweislich, hier klar Position zu beziehen und verschanzte sich, gerade was Quotierung und Sperrminorität anbetraf, hinter dem bundesdeutschen Parteiengesetz. Lediglich mit Blick auf die Delegiertenfestsetzung für den Vereinigungsparteitag stellte Vogel ein Entgegenkommen im Rahmen der Argumentation Feldmanns in Aussicht.¹¹¹ Gleichzeitig bezweifelte er aber grundsätzlich die Notwendigkeit der insbesondere von Teilen der Ost-SPD befürworteten Urabstimmung und löste damit eine offene Kontroverse bei den ostdeutschen Genossen aus.¹¹² Während Hilsberg und Kamilli sich vehement für die Befragung der Basis einsetzten, sprachen sich Ringstorff und Kuessner dagegen aus. Nachdem der neue Vorsitzende Thierse Letztere mit einer bemerkenswert salomonischen Formulierung unterstützt hatte, war das Thema faktisch vom Tisch:

»Wolfgang Thierse kündigte an, daß man die Beteiligung der Parteimitglieder über eine breite Meinungsbildung vom Ortsverein bis zum Bezirk auf andere Weise sicherstellen werde.«¹¹³

107 Ebd.

108 Vgl. ebd.

109 Vgl. Protokoll betr. Sitzung der Gemeinsamen Kommission zur Parteivereinigung am 17.06.1990, AdsD Depositum Wolfgang Thierse 1/WTAA000021.

110 Vgl. ebd.

111 Vgl. ebd.

112 Vgl. ebd.

113 Ebd.

Ein Vermerk von Knigge für den Lafontaine-Vertrauten Pitt Weber offenbart, dass für diese grundlegende Weichenstellung nicht nur organisatorische, terminliche und praktische Gründe ausschlaggebend waren, sondern dass im Hintergrund noch ganz andere Ängste rumorten:

»Es ist nicht zu erwarten, daß es bei einer Urabstimmung zu einer hohen Wahlbeteiligung käme. Außerdem stünde zu befürchten, daß ein nicht geringer Teil sich gegen die Vereinigung aussprechen würde (als Ventil einer ablehnenden Haltung gegenüber der deutschen Einheit insgesamt).«¹¹⁴

Ob Knigge dieses Urteil nur auf die Mitgliedschaft in der Bundesrepublik bezog, geht aus dem Aktenstück leider nicht hervor. Da er hier in seiner offiziellen Funktion des Büroleiters von Anke Fuchs sprach, kann davon ausgegangen werden, dass diese Einschätzung von der Bundesgeschäftsführung insgesamt geteilt wurde. Auch ansonsten machte Knigge, dessen Ausführungen sich weitestgehend mit einer Vorlage für die nächste Präsidiumssitzung deckten, kaum einen Hehl aus den Verfahrenspräferenzen der Bonner Parteizentrale: Beitritt der Ost-SPD nach dem Modell der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes 1956 ohne Urabstimmung, Öffnung des Statuts der West-SPD und Erweiterung des bestehenden Vorstandes durch Mitglieder aus der DDR.¹¹⁵ Am 22. Juni griff Norbert Gansel in die Debatte ein und argumentierte vehement dagegen:

»Die gesamtdeutsche SPD wird durch eine Vereinigung herbeigeführt, in der die junge Sozialdemokratie der DDR ihre eigene Identität einbringt, die Identität einer SPD, die die Rechtsnachfolge der durch die Zwangsvereinigung in der SBZ zerschlagenen SPD angetreten hat, sich auf ihre Traditionen und sich im Kampf gegen das SED-Regime ihre eigene Geschichte, Organisation und Programmatik geschaffen hat. Die Vereinigung ist deshalb keine Ausdehnung der SPD der Bundesrepublik auf die DDR [...]. Deshalb gilt für die Bundesrepublik das Parteiengesetz und für beide Parteien ihr Statut, das bei einer ›Verschmelzung‹ [...] eine Urabstimmung vorsieht.«¹¹⁶

Gleichzeitig erkannte er an, dass diese wegen organisatorischer Schwierigkeiten nicht mehr bis zur Jahreswende durchgeführt werden konnte, und plädierte insofern da-

114 Vermerk Arnold Knigge für Pitt Weber betr. Variationen zur Parteivereinigung v. 19.06.1990, S. 3, AdsD SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs 2/PVDZ000322.

115 Vgl. ebd.

116 Norbert Gansel: Vorschläge zur Vereinigung der SPD der Bundesrepublik und der SPD der DDR v. 22.06.1990, Archiv der Bundesstiftung Aufarbeitung, Vorlass Markus Meckel 56; siehe auch: AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000035.

für, sie im Frühjahr 1991 nachzuholen.¹¹⁷ Das Ruder herumreißen konnte Gansel jedoch nicht mehr, obwohl seine Meinung bei Vogel durchaus ein gewisses Gewicht hatte. Am 25. Juni versammelten sich nacheinander Präsidium und Parteivorstand der West-SPD in Bonn¹¹⁸, um u. a. über den Weg zur Parteivereinigung zu debattieren und zu beschließen. Zunächst berichtete Vogel über die bisherige Beschlusslage und die Empfehlungen des Präsidiums. Diese folgte weitestgehend dem bisherigen Diskussionsstand im Erich-Ollenhauer-Haus. In Bezug auf die Quotierung ging die Präsidiumsvorlage über die Feldmann'schen Berechnungen hinaus und kam der Ost-SPD in ihren Bedürfnissen relativ weit entgegen. Von einer wie auch immer gearteten Sperrminorität für die Schwesterpartei war freilich nicht mehr die Rede:

»Auf dem Vereinigungsparteitag soll die Schwesterpartei durch 100 stimmberechtigte Delegierte und mit 34 stimmberechtigten Vorstandsmitgliedern vertreten sein. Dies sei eine optimale Relation. Auf dem ersten ordentlichen Parteitag im Frühjahr 1991 solle nach dem günstigeren der im Parteiengesetz vorgesehenen beiden Schlüsselverfahren werden. Danach erhielten die Vertreter aus den Landesverbänden der DDR eine Delegiertenzahl, die aus der Zahl der abgegebenen Wählerstimmen und der Mitgliederzahl ermittelt werden. Auf dem darauffolgenden ordentlichen Parteitag solle dann wieder der bislang gültige Delegiertenschlüssel – also nur nach der Mitgliederzahl – zur Anwendung kommen. Analog dazu sollen durch den Vereinigungsparteitag 10 Vertreter der SPD der DDR in den Parteivorstand aufgenommen werden, darunter ein weiterer stellvertretender Vorsitzender und ein Präsidiumsmitglied. Auf dem Parteitag 1991 soll diese Zahl auf 5 heruntergehen und ab 1993 soll der PV wieder aus 40 Mitgliedern bestehen.«¹¹⁹

Die Nominierung des Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine und die Verabschiedung des Wahlprogramms, das unter maßgeblicher Beteiligung von Thierse erarbeitet werden sollte, war für eine gemeinsame Vorstandssitzung am 31. August und dem darauf folgenden Tag vorgesehen.¹²⁰ Thierse¹²¹ gab zunächst seiner Genugtuung über den geplanten Ort des Vereinigungsparteitags Ausdruck – Berlin, die Stadt, »in der die Zwangsvereinigung vollzogen wurde«. Darüber hinaus begrüßte er die Quotierungsvorschläge als Signal der »Gleichberechtigung« und akzeptierte das westdeutsche Rahmenkonzept Fortschritt '90 als Grundlage des Wahlprogramms. Er bedauerte jedoch auch, dass keine Neuwahl des Vorstandes stattfinden würde, erklärte sich aber angesichts der vorhandenen Bedenken mit der vorgeschlagenen Lösung einver-

¹¹⁷ Vgl. ebd.

¹¹⁸ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD v. 25.06.1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Vorstandssekretariat; auszugsweise abgedr. i.: Fischer, Einheit, a. a. O., S. 347 ff.

¹¹⁹ Ebd., S. 348.

¹²⁰ Vgl. ebd.

¹²¹ Vgl. ebd., S. 349.

standen. Der neue Vorsitzende der Ost-SPD, der offensichtlich die Schwäche der Verhandlungsposition ebenso wie die völlige logistische und materielle Abhängigkeit seiner Partei von der West-SPD genau einzuschätzen wusste, zeigte also einmal mehr taktisch-politisches Geschick, indem er das wenige Erreichte symbolisch aufzuwerten wusste. Die anschließende Debatte¹²² drehte sich in erster Linie um die Fragen der Urabstimmung und die Neuwahl des Vorstandes der gesamtdeutschen SPD. Für die direkte Basisbeteiligung machten sich insbesondere Peter von Oertzen, natürlich Norbert Gansel, Henning Scherf, Peter Conradi, Rudolf Scharping, Dieter Spöri, Anke Brunn und schließlich Katrin Fuchs stark. Dem standen die gewichtigen Stimmen und Argumente von u. a. Johannes Rau, Klaus von Dohnanyi, Walter Momper und Inge Wettig-Danielmeier, aus der Bundestagsfraktion Herta Däubler-Gmelin und Rudolf Dreßler sowie schließlich der Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs gegenüber. Die Befürworter einer Neuwahl des Vorstandes¹²³ wurden bezeichnenderweise u. a. von Rudolf Scharping und Gerhard Schröder angeführt, die nur wenige Wochen zuvor im Sinne Lafontaines den Aufstand gegen Vogel geprobt hatten und damit einstweilen gescheitert waren. Entsprechend wurde dieses Schlachtfeld – nicht zuletzt aufgrund der höchst schädlichen Außenwirkung von Führungsstreitigkeiten – recht schnell wieder geschlossen. Die Ausführungen Kloses¹²⁴ zu den finanziellen Aspekten der Parteivereinigung dürften zudem eindrücklich klar gemacht haben, dass es zu den Plänen des Erich-Ollenhauer-Hauses keine realistischen Alternativen gab. Er rechnete vor, dass für den Auf- und Ausbau der Parteiorganisation im Osten in den nächsten Jahren zwischen 25 und 45 Millionen DM erforderlich sein würden. Seine hauptamtliche Strukturplanung sah vorerst »eine Kopfstelle des gemeinsamen Parteivorstandes in Berlin«, fünf Landes- und etwa 10 Regionalgeschäftsstellen mit insgesamt rund 160 Mitarbeitern vor. Zur Finanzierung der daraus entstehenden Lasten sei neben den Bemühungen um Wiedergutmachung für verlorenes Parteivermögen eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge unumgänglich. Anke Fuchs¹²⁵ stellte abschließend klar, dass diese Aufgabe »einige Jahre« in Anspruch nehmen und ein »langer Atem« erforderlich sein würde. Mit den darauf folgenden Abstimmungen konnten das Präsidium und die Parteizentrale dann auch entsprechend zufrieden sein, denn sämtliche Vorlagen wurden einstimmig oder mit ganz überwiegender Mehrheit angenommen.¹²⁶

Obwohl sich Thierse demonstrativ zufrieden gezeigt hatte, wurden die Bonner Entscheidungen in Ostberlin eher verhalten aufgenommen. Die Führung der Ost-

122 Vgl. ebd., S. 350 ff.

123 Vgl. ebd., S. 351 f.

124 Vgl. ebd. S. 353; vgl. hierzu auch: Vermerk Hans Feldmann für Hans-Ulrich Klose betr. Schätzung des voraussichtlichen Zuschußbedarfes der Partei im Bereich der DDR für die Jahre 1991–1994, AdSD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

125 Vgl. Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD v. 25.06.1990, AdSD SPD-Parteivorstand – Vorstandsssekretariat; auszugsweise abgedr. i.: Fischer, Einheit, a. a. O., S. 354.

126 Vgl. ebd., S. 355.

SPD fühlte sich offensichtlich – und auch nicht ganz zu Unrecht – vor vollendete Tatsachen gestellt:

»Es scheint Konsens darüber zu bestehen, daß man die Beschlüsse des Parteivorstandes SPD-West akzeptieren kann. Einige Präsidiumsmitglieder äußerten ihr Befremden über die Art und Weise des Zustandekommens der Beschlüsse. Eine Einberufung des gemeinsamen Rates zur formellen Bestätigung der Positionen der SPD-West als gemeinsames Ergebnis zur Parteienvereinigung wurde nicht beschlossen.«¹²⁷

Der Parteivorstand der Ost-SPD signalisierte zwar eine Woche später, am 2. Juli, seine Zustimmung, formulierte aber etlichen Nachverhandlungsbedarf, insbesondere in Bezug auf die Quotierungen, die Vertretung in den gemeinsamen Gremien sowie der Schieds- und Kontrollkommission.¹²⁸ Diese Forderungen hatten jedoch teilweise kaum mehr Chancen auf Verwirklichung als die völlig unrealistische Vorstellung von der Etablierung zweier gleichberechtigter Parteizentralen in Bonn und Berlin.¹²⁹ Aus einer reichlich schwachen Ausgangsposition heraus rang die Ost-SPD um mehr Mitspracherechte und um mehr Autonomie für die Zeit nach dem Parteivereinigungsprozess, was zu einem kaum auflösbaren Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit führte. Ein prominentes Opfer dieser Konstellation war Mitte Juli der nicht immer glücklich agierende Geschäftsführer der Ost-SPD Stephan Hilsberg. Am 18. Juli 1990 erreichte den Parteivorstand ein Schreiben, in dem Hilsberg mitteilte:

»Im Vorfeld der Vereinigung der SPD-West und SPD-Ost sowie im Vorfeld der SPD-Landtagswahlen in der DDR benötigt die Sozialdemokratie klare Planungs- und Entscheidungsstrukturen. Diese Klarheit wird nicht durch die Verdoppelung und Verdreifachung von Strukturen herbeigeführt. Um einen Beitrag zur notwendigen Bündelung von Entscheidungsstrukturen zu leisten, trete ich als Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Ost zurück.«¹³⁰

Der Vorstand nahm diese überraschende Demission in der Sitzung vom 23. Juli scheinbar ungerührt zur Kenntnis und bestimmte den westdeutschen Politologen und Entwicklungspolitikexperten Detlef von Schwerin, der bereits Hilsbergs Stell-

127 Protokoll der Sonderpräsidiumssitzung am 26.06.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

128 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 02.07.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

129 Vgl. ebd.

130 Vgl. Stephan Hilsberg an den SPD-Vorstand v. 18.07.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

vertreter gewesen war, zum »technisch-organisatorischen« Geschäftsführer.¹³¹ Die politische Federführung wurde Hinrich Kuessner übertragen.

Angesichts des Wortlautes von Hilsbergs Rücktrittsschreiben ist die Interpretation, die Sturm zu diesem Vorgang anbietet und die unter Rückgriff auf Arne Grimm in erster Linie mangelnde Sensibilitäten der West-SPD hierfür verantwortlich macht, zumindest einseitig.¹³² De facto prangerte Hilsberg in seinem Brief auch die Forderungen seiner Parteifreunde nach umfangreichen ostdeutschen Reservatlösungen an, die weder politisch und organisatorisch sinnvoll noch finanzierbar waren. Hilsberg verspürte sicherlich wenig Neigung, zwischen den in fast allen Belangen zwingenden Argumentationen des Erich-Ollenhauer-Hauses und den vielfach unrealistischen organisationspolitischen Ansprüchen in der Ostberliner Rungestraße zerrieben zu werden. Dass die westdeutsche Vorgehensweise zweifellos Züge eines pragmatisch begründeten Oktroi trug, ist gleichwohl ausdrücklich festzuhalten.

In den Verhandlungen der Statutenkommissionen versuchte Elmer, verschiedene Elemente aus dem ursprünglichen SDP-Statut, etwa in Bezug auf die weltanschauliche Ausrichtung, Gliederungsstruktur und Basisdemokratie, Ämterhäufung und Verschränkung der Gremien, in die gemeinsame Satzung hinüberzuretten.¹³³ Ob nun tatsächlich Erik Bettermann, wie Sturm mit Bezug auf Arne Grimm berichtet, die erste Sitzung der Statutenkommission mit den Worten eröffnete, »Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist über 120 Jahre alt. Die SPD hat ein Statut!«¹³⁴, sei dahingestellt. Fakt ist jedoch, dass von den Änderungswünschen der Ost-SPD am Schluss nicht allzu viel übrig blieb.¹³⁵ Bei aller Unnachgiebigkeit im sachlichen Kern ist aber auch immer wieder das Bemühen erkennbar, in bestimmten Formulierungen auf Sensibilitäten der ostdeutschen Genossen Rücksicht zu nehmen oder Übergangsregelungen einzuräumen.¹³⁶ Die merkwürdigen Ähnlichkeiten mit der Verhandlungsstrategie Schäubles beim Einigungsvertrag sind sicherlich nicht ganz zufällig und in vielerlei Hinsicht der Situation des Einigungsprozesses insgesamt geschuldet. Am Ende konnte Elmer in seiner Bilanz der Arbeit der Statutenkommission im September

131 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 23.07.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057. Zu Detlef von Schwerin vgl.: Immer quer, immer daneben. Spiegel-Reporter Jürgen Leinemann über zwei deutsche Familien und die Last der Vergangenheit, in: Der Spiegel Nr. 4 (1993) sowie AdsD Depositem Detlef von Schwerin.

132 Vgl. Sturm, a. a. O., S. 380.

133 Vgl. Konrad Elmer: Änderungen und Ergänzungen am Organisationsstatut-West v. 23.07.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

134 Zit. n. Sturm, a. a. O., S. 379 f.

135 Vgl. Synopse zum Organisationsstatut, Stand 27.07. bzw. 15.08.1990 sowie Abteilung I/1 Organisation – Rudolf Hartung, Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 27.08.1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Büro Stellvertretender Bundesgeschäftsführer 2/PVDG000408; vgl. auch Sturm, a. a. O., S. 380.

136 Vgl. ebd.

1990 lediglich auf kosmetische Änderungen in der Präambel und die leichte Stärkung des Parteirates verweisen.¹³⁷

Die Verhandlungen der gemeinsamen Kommission zur Erarbeitung eines Regierungsprogramms begannen Ende Juni 1990 mit einem Gespräch des Sekretärs der Arbeitsgruppe Fortschritt '90, Joachim Hofmann-Göttig, mit Thierse, Hilsberg und Matschie.¹³⁸ Die Runde einigte sich zunächst auf die Kommissionsmitglieder¹³⁹, den Zeitplan und den grundsätzlichen Zuschnitt des anzustrebenden Programms. Es sollte möglichst knapp ausfallen und sich auf die nach Ansicht der Sozialdemokraten »wahlentscheidenden Themen«¹⁴⁰ konzentrieren. Die Basis stellte das Ergebnis der Arbeitsgruppe Fortschritt '90 dar, das auf seine politische und sachliche Anwendbarkeit und Übertragbarkeit auf ein vereinigtes Deutschland hin überprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden musste.¹⁴¹

»Dabei soll darauf geachtet werden, daß dem Anliegen des Kanzlerkandidaten – nur zu versprechen, was auch gehalten werden kann – weiterhin Rechnung getragen wird. Das bedeutet: Aus Gründen der Glaubwürdigkeit auf Finanzierbarkeit und administrative und politische Machbarkeit achten.«¹⁴²

Besonderen Wert legten die Beteiligten darauf, dass keine »programmatische Anschlußpolitik«¹⁴³ betrieben werde und die Ost-SPD umfassend zu beteiligen sei. Als inhaltliche Schwerpunkte wurden der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, die soziale Gerechtigkeit und die umfassende Abrüstung nach dem Ende des Kalten Krieges identifiziert.¹⁴⁴ In Bezug auf das Gebiet der DDR mahnte Thierse zusätzliche Akzente hinsichtlich der Anpassung der Landwirtschaft auf die Bedingungen der EG, der besonderen dortigen Situation im Bereich Umwelt und Energie sowie bei Infrastruktur und Investitionen an.¹⁴⁵ Insgesamt verliefen die darauf folgenden Gespräche wohl ohne größere Kontroversen, denn zum einen offenbarte die abschließende Behandlung des Regierungsprogramms in der gemeinsamen Präsidiumssitzung am

137 Vgl. Konrad Elmer: Erläuterungen zum gemeinsamen neuen Statut der SPD v. 26.09.1990, AdsD SPD-Parteivorstand – Büro Stellvertretender Bundesgeschäftsführer 2/PVDG000408.

138 Vgl. Vermerk betr. Vorbereitung des gesamtdeutschen Regierungsprogramms v. 02.07.1990, AdsD SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR 2/VKFA000111.

139 Vonseiten der Ost-SPD sollten Timm, Bogisch, Ziel, Barbe, Grimm, Meckel, Leger, Schröder und Kauffold beteiligt werden. Vgl. ebd., S. 3. Vgl. auch Protokoll der Vorstandssitzung am 18.06.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

140 Vermerk betr. Vorbereitung des gesamtdeutschen Regierungsprogramms v. 02.07.1990, S. 2, AdsD SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR 2/VKFA000111.

141 Vgl. ebd.

142 Ebd.

143 Ebd., S. 3.

144 Vgl. ebd., S. 4 f.

145 Vgl. ebd., S. 5.

27. August in München keine sichtbaren Bruchlinien.¹⁴⁶ Zum anderen floss im Endergebnis eine Vielzahl der programmatischen Positionen der Ost-SPD, wie es scheint anstandslos, in das gemeinsame Regierungsprogramm ein.¹⁴⁷ Nachdem die Ost-SPD ihre Kandidaten für den gemeinsamen Vorstand benannt¹⁴⁸ hatte und neben Hans-Jochen Vogel auch die graue Eminenz sozialdemokratischer Grundwerte, Erhard Eppeler, für die Beteiligung an der Formulierung eines Manifests zur Wiederherstellung der Einheit der deutschen Sozialdemokratie¹⁴⁹ gewonnen worden war, harrten nun die beiden Teile in Ost und West jener entscheidenden Parteitage Ende September 1990 in Berlin, die die ungleichen Schwestern zusammenführen sollten.

2 Der Vereinigungsparteitag vom 26. bis 28. September 1990 in Berlin

Mit der Billigung der Übereinkunft zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratie durch den Vorstand der Ost-SPD Anfang Juli 1990 stand nun auch der Zeitplan für die Parteivereinigung einvernehmlich fest.¹⁵⁰ Da die separaten Vorparteitage am 26. September und der Vereinigungsparteitag an den beiden darauf folgenden Tagen abgehalten werden sollten, blieb nun nicht mehr allzu viel Zeit für die Vorbereitungen. Insofern hatte sich Wardin unverzüglich auf Quartiersuche in Ostberlin gemacht.¹⁵¹ Nachdem mehrere Hallenoptionen geprüft und eine Zeltlösung nicht zuletzt aus Kostengründen verworfen worden waren, fiel die Wahl auf den Palast der Republik. Die ebenfalls ins Auge gefasste Werner-Seelenbinder-Halle sowie die Dynamo-Sporthalle und der Friedrichstadtpalast standen aufgrund anderer Buchungen nicht zur Verfügung. Letzterer lag überdies in unmittelbarer Nähe des Admiralspalastes, wo 1946 der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD stattgefunden

146 Vgl. Protokoll der gemeinsamen Präsidiumssitzung am 27.08.1990, AdsD SPD-Parteivorstand, Vorstandssekretariat (o. Sign.).

147 Vgl. die entsprechenden Entwürfe v. 17. und 20.08.1990 in: AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057 sowie Protokoll der gemeinsamen Präsidiumssitzung am 27.08.1990, AdsD SPD-Parteivorstand, Vorstandssekretariat (o. Sign.).

148 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 23.07.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

149 Vgl. Der neue Weg. Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark, Regierungsprogramm 1990–1994, beschlossen vom SPD-Parteitag in Berlin am 28. September 1990, hg. v. Vorstand der SPD, Bonn o. J. [1990].

150 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 02.07.1990, Übereinkunft zwischen der SPD in der DDR und der SPD in der BRD zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratie in Deutschland v. 02.07.1990, Materialien zur Parteivereinigung – Terminplan v. 25.06.1990, sämtlich AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

151 Vgl. Vermerk Peter Wardin für Erik Bettermann v. 13.07.1990 betr. Brief von Hermann Scheer an Hans Jochen Vogel zur Durchführung des Vereinigungsparteitages der SPD in Berlin, AdsD SPD-Parteivorstand – Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs 2/PVDZ000316.

hatte, und weckte somit bei der Ost-SPD »negativ emotional[e]«¹⁵² Assoziationen an die Zwangsvereinigung. Aber auch der Palast der Republik war nicht unumstritten. So attestierte etwa Hermann Scheer, Mitglied des Bundesvorstandes der West-SPD, dem geplanten Tagungsort in einem Brief an Vogel eine »ambivalente psychologische Wirkung«¹⁵³. Der Parteivorsitzende nahm diesen Einwand immerhin so ernst, dass er über Bettermann eine ausführliche Stellungnahme Wardins in dieser Sache verlangte. Der konterte die Anwürfe Scheers mit dem Hinweis darauf, dass in Ostberlin aufgrund der Vergangenheit als Hauptstadt der DDR nahezu jedes offizielle Gebäude vorbelastet sei und es gelte, die nun »leeren Hüllen des alten Regimes mit einem neuen demokratischen Bewußtsein«¹⁵⁴ zu füllen. Darüber hinaus lehnte er eine »Sippenhaft« für Gebäude«¹⁵⁵ ab und stellte ebenso polemisch wie prophetisch in den Raum:

»Die Position von Hermann Scheer erinnert mich etwas an die Äußerung einiger Abgeordneter der DSU, die es für notwendig halten, den Palast der Republik komplett abzureißen, um an dessen Stelle dann das alte Stadtschloß zu rekonstruieren.«¹⁵⁶

Als gangbare Alternativen zum Palast der Republik hatte Wardin nur die Bonner Beethovenhalle und das ICC in Westberlin ins Auge gefasst.¹⁵⁷ Die Prüfung des letzteren Standortes sollte sich als sehr segensreich erweisen, denn ab Mitte September kursierten in der Presse Gerüchte über ein neues Gutachten zur Asbestbelastung des Palastes der Republik. Die SPD reagierte sofort und stellte in einer ersten Presseerklärung den Tagungsort zunächst indirekt infrage.¹⁵⁸ Drei Tage später beschloss das Präsidium, das Gebäude nicht für den Parteitag zu nutzen, kam damit der Sperrung des Palastes der Republik durch den Ministerrat der DDR zuvor und gab am 21. September das ICC als Ausweichquartier bekannt.¹⁵⁹ Gleichzeitig drohte das Erich-Ollenhauer-Haus mit Schadensersatzforderungen und orakelte wohl auch über eventuell parteipolitische Motive des obersten Dienstherrn der Ministerratsverwaltung, Ministerpräsident Lothar de Maizière.¹⁶⁰

152 Ebd., S. 2.

153 Ebd., S. 3.

154 Ebd., S. 4.

155 Ebd.

156 Ebd.

157 Vgl. ebd., S. 6.

158 Vgl. Presseservice der SPD 397a/90 v. 14.09.1990.

159 Vgl. Presseservice der SPD 399/90 v. 17.09.1990, 408/90 v. 21.09.1990 sowie *Der Spiegel*, Jg. 44 (1990), H. 39 v. 24.09.1990, S. 131.

160 Vgl. Presseservice der SPD 399/90 v. 17.09.1990, 408/90 v. 21.09.1990 sowie Sturm, a. a. O., S. 381. Letzteres bleibt bei Sturm freilich, wie so oft, unbelegt und ist somit, zumal die Presseerklärungen des SPD-Parteivorstandes keine diesbezüglichen Vorwürfe enthalten, mit einer gewissen Vorsicht zu genießen.

Die erste Maßnahme der Rungestraße im Hinblick auf den bzw. die Parteitag war Ende Juni/Anfang Juli die Bestimmung des Delegiertenschlüssels. Hierfür hatte das Büro des Geschäftsführers auf der Basis der aktuellen Mitgliederzahlen eine Vorlage erarbeitet.¹⁶¹ Bei insgesamt 38.500¹⁶² offiziell eingetragenen Genossinnen und Genossen und einer durch das Statut vorgeschriebenen Delegiertenzahl von 300 für den Vorbereitungsparteitag vertrat ein Delegierter 128 Mitglieder. Nach Landesverbänden aufgeschlüsselt, entsandte Mecklenburg-Vorpommern 47, Sachsen-Anhalt 62, Thüringen 58, Sachsen 58, Brandenburg 53 und schließlich Ostberlin 22 Delegierte zum Vorbereitungsparteitag in die Hauptstadt. Nach den mit der West-SPD ausgehandelten Vereinigungskonditionen konnten von diesen dann 130 bzw. 134 auf den gemeinsamen Parteitag delegiert werden, 16 aus Mecklenburg-Vorpommern, 21 aus Sachsen-Anhalt, jeweils 19 aus Thüringen und Sachsen, 18 aus Brandenburg sowie sieben aus Ostberlin. Die Vorlage wurde zwar auf der Vorstandssitzung am 2. Juli¹⁶³ noch nicht behandelt, vom Präsidium aber eine Woche später unverändert bestätigt.¹⁶⁴ Die Frist für die Delegiertenmeldung lief bis zum 31. August.¹⁶⁵ Am 23. Juli nominierte der Vorstand der Ost-SPD seine Kandidaten für die gemeinsame Parteispitze.¹⁶⁶ Zunächst wurde erwartungsgemäß Thierse mit 21 Jastimmen bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen zum Kandidaten für den stellvertretenden Parteivorsitz gewählt. Von den 32 ursprünglich für den Vorstand aufgestellten Personen hatten Susanne Kschenka, Stefan Finger und Christoph Matschie ihre Kandidaturen schon zu Beginn der Abstimmung zurückgezogen. Bereits im ersten Wahlgang fielen u. a. Meckel, Elmer, Brinksmeier, Reiche und Schröder durch, Kamilli aber wurde direkt nominiert. Nach mehreren Durchgängen waren Böhme, Barbe, Schmidt, Ringstorff, Leger, Hildebrand, Gutzeit und Grimm als weitere Kandidaten des Vorstandes gewählt. Erstaunlich sind hier insbesondere die guten Ergebnisse von Böhme und Barbe, stand Ersterer doch nach wie vor im Schatten seiner ungeklärten Stasivergangenheit und Letztere nicht unbedingt für besonnenes politisches und parlamentarisches Handeln. Gutzeit erzielte in den verschiedenen Wahlgängen trotz seiner zweifellos großen Verdienste um die Parteigründung und die Organisation der Arbeit der Volkammerfraktion eher mäßige Ergebnisse, während Schröder und Meckel für ihre en-

161 Vgl. Vorlage für die Vorstandssitzung am 02.07.1990 betr. Vorläufiger Delegiertenschlüssel v. 25.06.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

162 Diese Zahl dürfte aufgrund des schon erwähnten desolaten Zustandes der Mitgliederregistaturen in der DDR einmal mehr eine grobe und wahrscheinlich auch großzügige Schätzung sein.

163 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 02.07.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

164 Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung am 09.07.1990, S. 3, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

165 Vgl. ebd.

166 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 23.07.1990 mit Anlagen, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000057.

gagierte Tätigkeit in Volkskammer und Regierung regelrecht abgestraft wurden. Im Gegensatz dazu hatte Regine Hildebrandt als einziges Kabinettsmitglied gerade durch ihr Engagement als Arbeits- und Sozialministerin deutlich an Statur und Bedeutung gewonnen. Ihr unbestreitbar herbes Charisma tat sicherlich ein Übriges. Unter den zehn für den Vorstand nominierten Kandidaten befanden sich somit nur noch vier Schwante-Veteranen. Weiterhin waren zunächst der sächsische Volkskammerabgeordnete Johannes Gerlach für die gemeinsame Schiedskommission und Hinrich Kussner für die Kontrollkommission vorgesehen.¹⁶⁷ Anfang August lagen die ersten Tagesordnungsentwürfe und Vorschläge für die Besetzung der Parteitagsgremien vor.¹⁶⁸ Diese wurden zunächst vom Präsidium, das die Organisation auch des Vorparteitages der Ost-SPD an Wardin übertrug, diskutiert und mit zwei Ausnahmen gebilligt.¹⁶⁹

»Die Zusammensetzung der Antragskommission ist noch einmal zu überprüfen und zu verändern. Aus den Landesvorständen sollte je ein Vertreter benannt werden. Es sollten Fachleute aus politischen Schwerpunktbereichen ausgewählt werden. Vorschläge: R. Weiß, S. Ücker, G. Sept-Hubrich.«¹⁷⁰

Damit sollte wohl eine allzu große Dominanz des Vorstandes in der Antragskommission verhindert und Sachorientierung bei der Antragsbearbeitung befördert werden. Letztlich wich diese Modifizierung aber nur marginal von den ursprünglichen Planungen ab. Sehr viel bedeutsamer aber war die Frage, wie viel Gewicht Oskar Lafontaine eingeräumt werden sollte, der für das Grundsatzreferat und damit als Hauptredner des Vormittags auf dem Parteitag der Ost-SPD vorgesehen war.¹⁷¹ Im Präsidium wurden Stimmen laut, dem Kanzlerkandidaten lediglich eine Stunde Redezeit zuzugestehen und zusätzlich ein Gründungsmitglied der SDP 30 Minuten zu Wort kommen zu lassen.¹⁷² Der entsprechende Beschluss platzierte den hierfür ausersehenen Arndt Noack nach Thierse, der den Parteitag eröffnete, und vor Lafontaine auf der Rednerliste.¹⁷³ Eine weitere Änderung der Tagesordnung verlegte schließlich auch das Grußwort Willy

167 Vgl. ebd.

168 Vgl. Vorlage zu TOP 3 der Präsidiumssitzung am 07.08.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

169 Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung am 07.08.1990, S. 3, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

170 Vgl. ebd. Bei den Personalvorschlägen sind der Diplomingenieur Reinhard Weis aus Stendal, die Chemieingenieurin Sabine Uecker aus Teltow bei Berlin sowie die Pastorin Gisela Sept-Hubrich, sämtlich Angehörige der SPD-Volkskammerfraktion, gemeint.

171 Vgl. Vorlage zu TOP 3 der Präsidiumssitzung am 07.08.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

172 Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung am 07.08.1990, S. 3, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061.

173 Vgl. Vorlage zur Vorstandssitzung am 31.08.1990 betr. Parteitage Sept. 1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000058.

Brandts, das eigentlich zunächst als Auftakt für die Nachmittagssitzung gedacht gewesen war, zwischen Thierse und Noack ebenfalls auf den Vormittag.¹⁷⁴ Auf diese Weise war der in der DDR so umstrittene Kanzlerkandidat aus dem Saarland nun wohl eingeebnet zwischen der sozialdemokratischen Symbolfigur der Einheit einerseits und, wenn man so will, dem Geist und der Tradition von Schwante andererseits. Ohne die Wirkmächtigkeit der Parteitagsregie überzubewerten, sollte Lafontaine damit offensichtlich klargemacht werden, dass er diesem Kontext Rechnung zu tragen hatte und ausschließlich Argumente und »Überzeugungskraft«¹⁷⁵ dazu führen konnten, die psychologischen und politischen Hürden beim Parteivolk-Ost zu überspringen oder einzureißen. Im Laufe des September reichten die Landesverbände ihre Kandidatennominierungen für den gemeinsamen Vorstand ein.¹⁷⁶ Für Brandenburg gingen der Landesvorsitzende Steffen Reiche und Constanze Krehl, für Thüringen Irene Ellenberger und Peter Laskowski, für Sachsen Michael Lersow und Nikolaus Voss, für Sachsen-Anhalt Reinhard Höppner und Gerlinde Kuppe, für Mecklenburg-Vorpommern Käte Woltemath und Hinrich Kuessner, und schließlich für Berlin Tino Schwierzina, der Ostberliner Oberbürgermeister, und Stephan Hilsberg nun zusätzlich ins Rennen.¹⁷⁷ Acht dieser 13 Kandidaten gehörten der SPD-Volkskammerfraktion an. Auf dem Parteitag wurden auf den letzten Metern vor der Abstimmung noch Konrad Elmer und Richard Schröder nachnominiert.¹⁷⁸ Mit diesem erweiterten Kandidatentableau besaßen nun wieder deutlich mehr Angehörige des Gründerzirkels von Schwante die Chance, in die Führung der gemeinsamen Partei einzuziehen, als sich dies nach den Vorwahlen durch den Vorstand der Ost-SPD angedeutet hatte.

In der letzten Vorstandssitzung am 25. September¹⁷⁹ entbrannte eine heftige Debatte um die Kandidatur Böhmes. Susanne Kschenka hatte den Antrag gestellt, ihn von der Kandidatenliste zu streichen. Ihre Gründe gehen aus dem Protokoll nicht hervor, aber es ist davon auszugehen, dass diese in der Stasibelastung und seiner zwiespältigen Rolle in der Volkskammerfraktion zu suchen sind. Böhme hatte Matschie gegenüber jedoch seine diesbezüglichen Absichten bekräftigt. Da Böhme nach wie vor beachtliche Unterstützung im Vorstand besaß, und wohl auch um den Eindruck einer undemokratischen Verfahrensweise zu vermeiden, wurde beschlossen, diese Entscheidung dem Parteitag zu überlassen und Kschenkas Antrag abgelehnt.¹⁸⁰ Darüber hinaus mussten für die ge-

174 Vgl. Protokoll der Präsidiumssitzung am 10.09.1990, S. 3, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000061 sowie Protokoll der Parteitage der SPD (Ost), der SPD (West), Berlin 26.09.1990, Bonn o. J. [1990], S. 5 bzw. 12 ff.

175 Protokoll der Parteitage, a. a. O., S. 9.

176 Vgl. Kandidaten für den gemeinsamen Vorstand v. 18. u. 24.09.1990 [zwei Versionen], AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000058.

177 Vgl. ebd.

178 Vgl. Protokoll der Parteitage, a. a. O., S. 105.

179 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 25.09.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000058.

180 Vgl. ebd.

meinsamen Kommissionen, da Gerlach und Kuessner nicht mehr zur Verfügung standen, neue Kandidaten benannt werden. Für die Schiedskommission stellten sich u. a. Susanne Kschenka und der bulgarischstämmige Dresdner Kommunalpolitiker Roland Nedeleff zur Verfügung.¹⁸¹ Vorstandsmitglied Frank Bogisch, die Biochemikerin Petra Hoffmann aus Halle und der Berliner Manfred Becker, zeitweilig Staatssekretär im Medienministerium, wurden für die Kontrollkommission nominiert.¹⁸²

Nach der Sperrung des Palastes der Republik erwies es sich als glückliche Fügung, dass die West-SPD für ihren Vorparteitag einen Saal im ICC¹⁸³ gebucht hatte. So konnte trotz der gleichzeitig stattfindenden Jahrestagung des IWF und der Weltbank die Ost-SPD hierher ausweichen und nach einigen Mühen auch der Vereinigungsparteitag dorthin verlegt werden. Für den Vorparteitag der West-SPD hatte sich kurzfristig das Audimax der Technischen Universität als Tagungsort gefunden.¹⁸⁴ Um 10:35 Uhr des 26. September 1990 trat nun Wolfgang Thierse zur Eröffnung des vierten Parteitages der Ost-SPD innerhalb nur eines Jahres, der auch gleichzeitig der letzte sein sollte, ans Rednerpult von Saal 2 des Westberliner ICC. Sein Eingangsstatement verband die Begrüßung aller Delegierten und Gäste mit dem Hauch einer Bilanz und dem knappen Umriss der verschiedenen Spannungsbögen und Dialektiken des Parteitages.¹⁸⁵ Willy Brandt widmete sich dem Vereinigungsprozess insgesamt, seiner Geschwindigkeit und seinen Schwierigkeiten, beschwor aber auch die langfristig positiven Wirkungen für die Partei.¹⁸⁶ Die Einheit der deutschen Sozialdemokratie, die »keinen Tag zu früh«¹⁸⁷ komme, stelle für die Gesamtpartei eine Bereicherung dar. Gleichzeitig sicherte er den ostdeutschen Genossen sein besonderes Augenmerk und seine Unterstützung zu:

»Aber ich kann mir denken, es wird dann auch nicht immer ganz leicht sein, sich im großen Haufen, im erheblich größeren Haufen zurechtzufinden. Hoffentlich wird es dann trotzdem Spaß machen, wenn wir gemeinsam Neuland erschließen und die Zeichen neuer Erfolge an unsere Fahnen heften. Aber sollte Euch jemand beiseiteschubsen wollen, dann wehrt Euch. Und wenn Ihr meint, daß es helfen kann, wendet Euch an Euren scheidenden und dann auch doch wieder neuen Ehreuvorsitzenden. Dann wird er versuchen zu helfen.«¹⁸⁸

181 Vgl. ebd. sowie die Kandidatenvorstellungen auf dem Parteitag: Protokoll der Parteitage, a. a. O., S. 129 ff. Der Hintergrund des dritten Kandidaten Matthias Weise bleibt unklar, da er nicht zum Parteitag erschienen war.

182 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 25.09.1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000058.

183 Vgl. Vorlage zur Vorstandssitzung am 31.08.1990 betr. Parteitage Sept. 1990, AdsD Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD-Parteivorstand 2/SDPA000058.

184 Vgl. Sturm, Uneinig, a. a. O., S. 381.

185 Vgl. Protokoll der Parteitage, a. a. O., S. 7 ff.

186 Vgl. ebd., S. 12 ff.

187 Ebd.

188 Ebd., S. 13 f.

Diese Solidaritätsbekundung verband er jedoch auch mit einem Appell an den inneren Zusammenhalt und nicht zuletzt die Partei- und Beschlussdisziplin, denn er hatte die inneren Querelen der Ost-SPD und das teilweise undisziplinierte Verhalten mancher Abgeordneten der Volkskammerfraktion offensichtlich aufmerksam verfolgt. Als aktuelle und zukünftige Aufgaben schrieb er den ostdeutschen Genossen vor allem »zähe Organisationsarbeit« ins Stammbuch, um einerseits eine »lebendige Verbindung zu den breiten Schichten der Arbeitnehmer in den Ländern der bisherigen DDR« herzustellen und andererseits verbliebene sozialdemokratische Traditionslinien wiederzubeleben.¹⁸⁹ Schließlich sprach er den Anwesenden stellvertretend für die gesamte Partei Mut für die anstehenden Wahlkämpfe trotz mäßiger Umfragewerte zu und formulierte als Ziel:

»Wir müssen bitte noch etwas zulegen, denn das ist einfach notwendig, damit das Gesamtergebnis am 2. Dezember dieses Jahres für und mit Oskar Lafontaine so deutlich wird, daß Deutschland nicht gegen die Sozialdemokraten regiert werden kann.«¹⁹⁰

Wie nicht anders zu erwarten war, rekurrierte Arndt Noack zunächst auf die Gründung der SDP vor ziemlich genau einem Jahr.¹⁹¹ Er betonte als besonderes Erbe von Schwante den grundsätzlichen Grassroots-Ansatz der Partei und nahm für die SDP in Anspruch, zwar das Machtmonopol der SED fundamental infrage gestellt, aber niemals »Machtpolitik um jeden Preis«¹⁹² angestrebt zu haben. Salomonisch fielen seine Ausführungen zur Haltung der SDP zur deutschen Frage aus und er räumte ein, dass die Partei die emotionale Brisanz des Themas zunächst verkannt habe und dann der Entwicklung letztlich immer hinterher gelaufen sei. In Bezug auf die Regierungsarbeit konnte sein Urteil naturgemäß nur ambivalent sein. Offen bekannte er sich dazu, den Eintritt in die Koalition vorsichtig befürwortet zu haben und attestierte den sozialdemokratischen Regierungsgliedern, dem Kabinett de Maizière »Selbstbewusstsein, Vertrauenswürdigkeit und Ausstrahlungskraft«¹⁹³ verliehen zu haben. Gleichzeitig kritisierte er jedoch, dass die Politik der Kabinettsmitglieder mit wenigen Ausnahmen »nicht genügend an die Bevölkerung verkauft wurde.«¹⁹⁴ Hart ins Gericht ging er mit der Rolle Diestels als Innenminister, dem Verhalten Kohls und de Maizières in der Endphase der Koalition und zollte gleichzeitig dem Durchhaltevermögen der Partei in dieser Phase Tribut:

189 Ebd., S. 14.

190 Ebd., S. 15.

191 Vgl. ebd., S. 18 ff.

192 Ebd.

193 Ebd., S. 23.

194 Ebd.

»Wir haben der Fraktion und dem Vorstand der Partei dafür zu danken, daß sie diese Zeit der notwendigen und harten Kompromisse doch mit erhobenem Kopf durchgestanden haben und bis zum äußersten gegangen sind, um die Interessen unserer Bürger zu vertreten. (Beifall) Wir danken den Genossen der SPD der Bundesrepublik dafür, daß sie nach dem Bruch der Koalition unser Anliegen in den Verhandlungen weitergebracht haben.«¹⁹⁵

Drei künftige Aufgaben hinterließ er den Delegierten: »Aufarbeitung der Vergangenheit, Basisarbeit der Partei und eine an der Zukunft orientierte Politik«¹⁹⁶. Ersteres meinte vor allem die Entmachtung der Reste der alten Nomenklatura und das Erbe des MfS. Dabei plädierte er aber für Augenmaß, das auf die Befriedung der Gesellschaft abzielte und die Schaffung einer »Atmosphäre der Menschlichkeit und Offenheit«¹⁹⁷. In Bezug auf die Organisationsarbeit brach er nach den Erfahrungen des Zentralismus in der DDR eine Lanze für Basisorientierung und innerparteiliche Demokratie. Als zukunftsweisende Politik identifizierte er schließlich vor allem die ökologische Umorientierung und begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die entsprechenden Eckpunkte im Regierungsprogramm.¹⁹⁸ Dies war sicherlich eine wohl kalkulierte Steilvorlage für die unmittelbar anschließende Rede des Kanzlerkandidaten.¹⁹⁹

Lafontaine war sich der Schwierigkeit seiner Mission durchaus bewusst und trug dem allein schon durch das Weglassen der klassischen »Genossen«-Anrede Rechnung. Der erste Teil seiner Rede widmete sich der Außen- und Sicherheitspolitik, sicherlich auch, weil hier kaum strittige Themen zu erwarten waren. So entfaltete er einleitend seine Interpretation des Umbruchs 1989, der Rolle, die die sozialdemokratische Ostpolitik und der KSZE-Prozess für dessen Vorgeschichte gespielt hatten, bettete die Friedliche Revolution in der DDR in den osteuropäischen Kontext ein und gab damit auch der Deutschen Einheit ein gesamteuropäisches Gewand. Er wandte sich scharf gegen Kohls nationales Pathos, mit dem dieser 1989 zum Jahr der Deutschen gekürt hatte, und stellte fest, dass es sich dabei eigentlich um »das Jahr der Freiheitsbewegungen in Osteuropa überhaupt«²⁰⁰ gehandelt habe. Ersten lebhaften Applaus erntete er, als er hier einflocht, dass es eben nicht nur um die Herstellung der staatlichen, sondern auch und vor allem der gesellschaftlichen Einheit ginge. Von der These der Deutschen Einheit im gesamteuropäischen Kontext, die nicht an der Oder-Neiße-Grenze als deutscher Ostgrenze enden konnte, leitete er über zu seiner Vorstellung von einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, die geprägt sein sollte von umfassender Abrüstung und einer grundsätzlichen Änderung der NATO-Strategie. Dies beinhal-

195 Ebd., S. 24.

196 Ebd.

197 Ebd., S. 26.

198 Vgl. ebd., S. 27.

199 Vgl. ebd., S. 28 ff.

200 Ebd., S. 31.

tete auch einige sehr konkrete sicherheits- und wehrpolitische Forderungen, wie etwa ein atomwaffenfreies Deutschland, den Verzicht auf aktuelle Rüstungsprojekte wie den Jäger 90, die Gleichstellung von Wehr- und Zivildienst, dem Verbot von Waffenexporten und schließlich die endgültige Absage an das von der Bundesregierung vorangetriebene Projekt von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.²⁰¹ Ins Zentrum des innenpolitischen Teils rückte Lafontaine zunächst das Problem der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland und zäumte daran ein ganzes Bündel von Themen auf, die ihm zum Teil heftige Kritik eingetragen hatten. Insofern trägt dieser Teil der Rede in vielerlei Hinsicht Züge sowohl einer nachträglichen Rechtfertigung als auch eines Generalangriffs auf die bisherige Deutschlandpolitik der Bundesregierung.²⁰² Im Mittelpunkt von Lafontaines Argumentation lagen durchweg die Erhaltung der wirtschaftlichen Strukturen und damit der Arbeitsplätze in der DDR. Dies erklärte er als das Leitmotiv seiner Positionen zum Übersiedlerproblem, zur Frage der Zahlung frühzeitiger Strukturhilfen an die Regierung Modrow und nicht zuletzt zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Nachdem die Einführung der D-Mark den Zusammenbruch von weiten Teilen der Industrie und des Binnenmarktes mit sich gebracht hatte, erschwere nun die Bundesregierung durch eine verfehlte Eigentums- und Bodenpolitik Investitionen und damit den Aufbau der DDR. In der Wirtschaftspolitik plädierte Lafontaine statt für Privatisierung und Mittelstandsförderung für eine staatliche Industriepolitik, um die DDR-Wirtschaft für eine Übergangszeit zu stützen und schrittweise die Wettbewerbsfähigkeit herzustellen:

»Deswegen brauchen wir unverzüglich eine Industriepolitik für die DDR, die an dem industriellen Bundesvermögen nach dem Krieg anknüpft, aus dem Betriebe hervorgegangen sind, wie das Volkswagenwerk und VEBA, die immer noch in staatlichem Besitz sind, eine Industriepolitik, die in staatlicher Regie die Kernstandorte der DDR so lange durchfinanziert, bis ihre Wettbewerbsfähigkeit erreicht wird. Wenn dies nicht geschieht, dann gibt es keinen ökonomischen Aufbau in der DDR. [...] Es ist für mich unerträglich, daß die Regierungsparteien in Bonn tatenlos zusehen, wie Millionen Menschen in der DDR jetzt über Arbeitslosengeld oder Kurzarbeit Null für Nichtstun bezahlt werden. Richtig wäre es Arbeit zu organisieren, Arbeit zu bezahlen für den Wiederaufbau der DDR.«²⁰³

Bei dieser Argumentation verschwieg er freilich, dass die Strukturpolitik an Rhein, Ruhr und Saar, auf die er sich explizit bezogen hatte²⁰⁴, auch zu diesem Zeitpunkt nur bedingt erfolgreich gewesen war und in der Rückschau das Siechtum und den lang-

201 Vgl. ebd., S. 33 ff.

202 Vgl. ebd., S. 35 ff.

203 Ebd., S. 40.

204 Vgl. ebd., S. 41.

samen Tod der Schwerindustrie in Westdeutschland langfristig nicht aufhalten konnte. Wahr ist jedoch auch, dass der völlige industrielle Kahlschlag in der DDR nach wie vor einer der Hauptgründe für die anhaltende Strukturschwäche der neuen Bundesländer war und ist. Den Bereich der Sozialpolitik streifte er nur kurz und kritisierte lediglich die Weichenstellungen des Einigungsvertrages in Bezug auf die Renten- und Familienpolitik.²⁰⁵ Abschließend widmete er sich dem Zusammenwachsen der beiden deutschen Gesellschaften und insbesondere dem Umgang mit der Diktaturerfahrung in der DDR.²⁰⁶ Hierbei hob er insbesondere die Verdienste der Bürgerbewegung hervor und geißelte das – aus seiner Sicht – »aufkommende Pharisäertum und die aufkommende Heuchelei«²⁰⁷. Hier hatte er zuallererst viele gewendete Vertreter der Blockparteien und der PDS im Blick, die sich nun besonders publikumswirksam als »Helden der Freiheit«²⁰⁸ in Szene zu setzen suchten. In Bezug auf die Sozialdemokratie stellte er fest:

»Ich bin stolz darauf, daß die Sozialdemokratische Partei in der DDR eine wirklich neue Partei ist. Nein, wir haben uns nicht schnell einmal umgetauft. Wir sind stolz auf unsere Genossinnen und Genossen, die in der DDR noch zu Zeiten des Honecker-Staates eine neue Sozialdemokratische Partei gegründet haben. [...] Wir sind die Partei des aufrechten Ganges in Deutschland und darauf können wir stolz sein angesichts der Tradition unserer Mütter und Väter in den 100 Jahren. (Beifall) Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die gerade jetzt in der DDR gefordert wird, aber auch die Partei der ökologischen Erneuerung, die die große neue Aufgabe sozialdemokratischer Parteien in einer Welt ist.«²⁰⁹

Ein sowohl kämpferischer als auch zuversichtlicher Ausblick auf die kommenden Wahlschlachten rundete diese durchaus gelungene Rede ab, die von den Delegierten mit lang anhaltenden Standing Ovationen²¹⁰ quittiert wurde. Lafontaine hatte sein Publikum offensichtlich erreicht, und der Parteitag verabschiedete sich in die Mittagspause.

Für den Nachmittag standen die Rechenschaftsberichte des Vorstandes, der Schatzmeisterei, der Kontroll- und der Statutenkommission sowie die Wahlen für den gemeinsamen Parteivorstand und die Kommissionen auf der Tagesordnung. Kamilli eröffnete die Debatte für den Vorstand.²¹¹ Ein erster Fokus lag auf den Schwierigkeiten der Berliner Parteizentrale, in kürzester Zeit in die politischen Managementaufgaben hineinzuwachsen und aus dezentralen und höchst heterogenen Organisationskernen eine halbwegs geschlossen handelnde Partei zu formen. Hierbei berührte er

205 Vgl. ebd., S. 42 f.

206 Vgl. ebd., S. 43 ff.

207 Ebd., S. 43.

208 Ebd.

209 Ebd., S. 44, 46.

210 Vgl. ebd., S. 46.

211 Vgl. ebd., S. 48 ff.

auch das Problem der innerparteilichen Willensbildung, die Gegensätze von elitärem Denken und Basisorientierung, Mehrheitsentscheidungen und Organisationsdisziplin. Gleichwohl habe die Partei bei allen Klippen, die es zu umschiffen galt, einen beachtlichen Professionalisierungsschub erlebt.²¹² Politisch jedoch habe die Partei in einem entscheidenden Moment einen Kardinalfehler begangen:

»Wir haben damals, im vergangenen Winter, den schlimmsten Fehler gemacht, den man in der Politik machen kann. Wir haben unsere politischen Auffassungen für die Meinung der Wähler gehalten. Wir haben die Lage in der DDR damals falsch eingeschätzt. Durch unsere damals als zu zögerlich empfundenes Bekenntnis zur Einheit Deutschlands haben wir die Initiative verloren und uns damit der Möglichkeit beraubt, den Einigungsvertrag stärker mitgestalten zu können.«²¹³

In der Folge deklinierte er die verschiedenen Defizite der Parteiarbeit in der DDR durch, angefangen bei der Außendarstellung über die interne Kommunikation und die mangelnde Verwurzelung in der Arbeitnehmerschaft bis hin zum Dauerkonflikt zwischen Vorstand und Fraktion. Bei Letzterem sei zwar die kategorische Ablehnung der Regierungsbeteiligung ein Fehler gewesen, viele der damit verbundenen Befürchtungen hätten sich jedoch bewahrheitet.²¹⁴ Trotzdem zog er angesichts des Erreichten sowie der kommenden Wahlkämpfe ein insgesamt positives Fazit und wies mit bemerkenswerter Schärfe manche Belehrungen aus Bonn zurück.²¹⁵ Danach nahm er die politischen Kontrahenten aufs Korn. Der PDS und ihrem neuen Image sprach er mit Dreßlers Diktum »Künstlername PDS«²¹⁶ jegliche Glaubwürdigkeit ab. Die CDU kam angesichts der Polizei- und Stasipolitik Diestels einerseits und der neuerlichen Marktgläubigkeit mancher christdemokratischen Regierungsangehörigen andererseits kaum besser weg.²¹⁷ Im selben Atemzug rechnete Kamilli mit vielen Regierungsentscheidungen ab, die der ehemalige Koalitionspartner gegen die SPD durchgesetzt hatte.

»Im März dieses Jahres haben viele die CDU gewählt, weil sie glaubten, die CDU wäre die Partei des großen Geldes. Sie mussten bald spüren, daß das große Geld allerdings auch eine unangenehme Eigenschaft hat. Es teilt ungern, es versucht, eigene Interessen zu realisieren, die meistens nicht die Interessen der Mehrheit sind, und so hat die CDU auch den versprochenen Wirtschaftsaufschwung eben noch nicht eingeleitet, nicht nach dem 18. März, nicht nach dem 2. Juli, und er wird

212 Vgl. ebd., S. 50.

213 Ebd., S. 51.

214 Vgl. ebd., S. 52.

215 Vgl. ebd.

216 Ebd., S. 53.

217 Vgl. ebd., S. 54 ff.

auch so lange nicht kommen, wie die Marktideologen das Sagen haben. Auch das sollten wir den Wählern immer wieder deutlich machen.«²¹⁸

Am Schluss seiner nur mäßig inspirierten Rede stellte er in einer eigentümlichen Mischung aus Selbstkritik und Provokation in den Raum, dass zwar kaum einer dem Vorstand der Ost-SPD eine Träne nachweine, ihn aber wohl zukünftig als Prügelnaben vermissen würde. Gleichzeitig aber formulierte er auch die Hoffnung, dass in der gesamtdeutschen SPD die gefestigten Strukturen der West-Sozialdemokratie eine gute Grundlage für die Entwicklung der Partei in den neuen Ländern bilden würden.

Der Bericht Hinrich Kuessners²¹⁹ braucht nur kurz gestreift zu werden, da er lediglich die unter den Bedingungen der DDR-Parteienfinanzierung einigermaßen stabilisierten Parteifinzen, den Stand der Restituierung des Altvermögens der SPD von vor 1933, den aktuellen Vermögensstand generell sowie schließlich die finanziellen Aspekte der künftigen Strukturplanungen rekapitulierte. Die Aussprache über die Berichte²²⁰, an der sich u. a. Woltemath, Ringstorff, Barbe, Schmidt, Voss und Böhme beteiligten, beschäftigte sich eingehender u. a. mit der Frage der Stasiakten, der Familien-, der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Organisationsentwicklung. Besonders inhaltlich hervorstechende Beiträge sind, abgesehen von der mehrfachen lobenden Erwähnung Oskar Lafontaines und des Regierungsprogramms, nicht zu vermelden.²²¹ Nach der Entlastung des Vorstandes und dem Bericht Elmers über die Ergebnisse der Arbeit der Statutenkommission wurde das Gesamtpaket – Finanzordnung, Schiedsordnung und Organisationsstatut – ohne Gegenstimmen bei fünf Enthaltungen durchgewunken und damit die organisatorischen Voraussetzungen für die Parteivereinigung geschaffen.²²² Nun verblieb den Delegierten noch die Aufgabe, die Vertreter der Ost-SPD in den Spitzengremien der gesamtdeutschen SPD zu bestimmen.²²³ Keine Überraschung war, dass Wolfgang Thierse mit einer überwältigenden Mehrheit von 211 Stimmen bei 11 Enthaltungen und 19 Gegenstimmen bereits im ersten Wahlgang zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurde.²²⁴ Für die neun nun noch zu vergebenden Vorstandssitze standen insgesamt 24 Kandidaten zur Auswahl. Nach der Vorstellungsrunde²²⁵, in der Schröder süffisant ver-

218 Ebd., S. 57.

219 Vgl. ebd., S. 60 ff.

220 Vgl. ebd., S. 69 ff.

221 Erstaunlich ist freilich, dass Sturm, nach der Kolportage einer weiteren Trunkenheitsanekdote Böhmes, dessen Debattenbeitrag als »begeisternde Rede« qualifiziert hat, ein Befund, der weder durch die Lektüre des Protokolls an sich noch durch die dort vermerkten Beifallsbekundungen zu stützen ist. Vgl. Sturm, Uneinig, a. a. O., S. 382 sowie Protokoll der Parteitage, a. a. O., S. 87 ff.

222 Protokoll der Parteitage, a. a. O., S. 92 ff., 100.

223 Vgl. ebd., S. 102 ff.

224 Vgl. ebd., S. 116.

225 Vgl. ebd., S. 105 ff.

merkt hatte, zwar Theologe zu sein, aber sich nicht dafür entschuldigen zu wollen²²⁶, musste sich Böhme eine unangenehme Rückfrage zu seinem Verhältnis zur PDS und zur radikalen Linken gefallen lassen.²²⁷ Im ersten Wahlgang, bei dem eine absolute Stimmenmehrheit erforderlich war, wurden Regine Hildebrandt mit 220 Stimmen, Reinhard Höppner mit 153 Stimmen und Käte Woltemath mit 138 Stimmen direkt gewählt.²²⁸ Für den zweiten Wahlgang, bei dem nur noch relative Mehrheiten notwendig waren, zog der Vorsitzende der Jungen Sozialdemokraten Arne Grimm, der im ersten Wahlgang lediglich 28 Stimmen erhalten hatte, seine Kandidatur zugunsten von Böhme und Barbe zurück.²²⁹ Das Siegerfeld dieses zweiten Durchgangs²³⁰ führte bei 218 abgegebenen und gültigen Stimmzetteln mittlerweile nicht mehr ganz unerwartet Böhme mit 106 Stimmen an. Darauf folgten Ringstorff mit 95, Barbe mit 85, Schmidt mit 81, Ellenberger mit 70 und schließlich Kamilli mit 62 Stimmen. Mit zum Teil deprimierenden Ergebnissen mussten sich die noch im Feld verbliebenen Angehörigen des Gründerzirkels begnügen. Elmer erhielt 39 Stimmen, Gutzeit 36, Reiche 26 und Hilsberg landete mit gerade mal 20 Stimmen auf dem letzten Platz. Vor diesem Hintergrund konnten die 59 bzw. 58 auf Schröder und Leger entfallenen Stimmen durchaus als Achtungserfolge gewertet werden. Nachzutragen bliebe nun noch, dass bei den Wahlen für die Kontrollkommission Petra Hoffmann und für die Schiedskommission Susanne Kschenka obsiegte. So endete um genau 20:39 Uhr des 26. September 1990 nach einem deutlichen Punktgewinn Lafontaines sowie teilweise überraschenden Wahlergebnissen der letzte Parteitag der Ost-SPD und damit ihre nicht einmal ein Jahr währende Geschichte mit einem kurzen Schlusswort Thierses und der Hoffnung, sich in der gesamtdeutschen Sozialdemokratie behaupten zu können.²³¹

Parallel dazu hatte in deutlich geschäftsmäßigerer Atmosphäre zwischen 14:00 und 16:00 Uhr die West-SPD in der TU getagt, ging es doch ausschließlich um die Anpassung der Satzung.²³² Gleichwohl, ein wenig Emotion und Polemik konnte sich Anke Fuchs²³³, die die Sitzung eröffnete, trotz des eigentlich trockenen Themas nicht versagen. Sie zeigte sich einerseits, wie schon Lafontaine kurz zuvor andernorts, befriedigt darüber, dass die Sozialdemokratie unbelastet in die Parteivereinigung und damit auch die Deutsche Einheit gehe. Andererseits aber war sie mehr als empört über das Gebaren der Parteien der Bonner Regierungskoalition, die sich »schamlos« die christlich-konservativen und liberalen Blockparteien, die »Teil des Unterdrückungs-

226 Vgl. ebd., S. 119.

227 Vgl. ebd., S. 122 f.

228 Vgl. ebd., S. 131.

229 Vgl. ebd., S. 134.

230 Vgl. ebd., S. 135 ff.

231 Vgl. ebd., S. 137 ff.

232 Vgl. ebd., S. 141 ff.

233 Vgl. ebd., S. 145 ff.



Abb. 28 Vereinigungsparteitag der SPD vom 26. bis 28. September 1990 in Berlin, am Podium Hans-Jochen Vogel.

apparates« gewesen waren, einverleibt hätten.²³⁴ Bemerkenswert, aber keinesfalls verwunderlich ist der Gleichklang zur Diktion, wie sie wenige Stunden zuvor bereits Lafontaine verwendet hatte:

»Wir machen uns auf den ehrlicheren Weg, aber bei der CDU und bei der FDP gibt es diese Aufarbeitung der Vergangenheit nicht, und ich sage ganz deutlich: Diese geeinigten Parteien haben die Einigkeit der Heuchler und Pharisäer an sich, gestern ideologisch spinnefeind und heute ein Herz und eine Seele. Statt Ehrlichkeit gibt es nur Begehrlichkeit, Genossinnen und Genossen, bei diesen Parteien.«²³⁵

Nach diesem, wie Vogel vermerkte, »temperamentvollen« Auftakt, machte sich der Parteivorsitzende daran, den Delegierten das Verfahren für die Parteivereinigung sowie dessen Genese zu erläutern und zu begründen.²³⁶ Offensichtlich erklärungs-

234 Ebd., S. 148, 150.

235 Ebd., S. 149.

236 Vgl. ebd., S. 152 ff.

bedürftig war insbesondere, dass sich die Parteiführung gegen eine Urabstimmung entschieden hatte.

»Ich weiß, Genossinnen und Genossen, daß im Frühjahr auch über die Frage einer Urabstimmung und darüber diskutiert worden ist, ob nicht auf dem gemeinsamen Parteitag Neuwahlen stattfinden sollten. In einigen Gliederungen sind ja auch entsprechende Anträge gestellt worden. Meines Erachtens sind sie vom Vorstand zu Recht nicht aufgegriffen worden. Eine Urabstimmung ist, da es sich, wie dargelegt, nicht um eine Fusion miteinander konkurrierender Parteien handelt, weder nach dem Parteiengesetz noch nach dem Statut erforderlich. Sie dennoch zu veranstalten – was möglich gewesen wäre – hätte die Kräfte der Partei in einem Zeitraum gebunden, in dem andere Aufgaben weiß Gott noch dringlicher waren. Außerdem hat sich niemand in der Partei gegen die Feststellung ausgesprochen, die wir morgen über die wiedergewonnene Zusammengehörigkeit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treffen wollen.«²³⁷

Es scheint fast, als hätte Vogel gegen Ende seiner Rede zusätzlich Druck aus diesem Kessel »Basisbeteiligung« entweichen lassen wollen, indem er abermals, was mit dem Thema des Parteitages eigentlich nichts zu tun hatte, die plebiszitäre Legitimation eines aktualisierten Grundgesetzes als neuer deutscher Verfassung forderte.²³⁸ Nachdem zu den Ausführungen des Parteivorsitzenden aus dem Plenum keine weiteren Wortbeiträge laut wurden, fuhr der Vorsitzende der Antragskommission, Peter von Oertzen²³⁹, mit der Vorstellung der konkreten Statutenänderungen fort, die entweder auf Wunsch der Ost-SPD oder nach den Verhandlungen der gemeinsamen Statutenkommission nun zur Abstimmung standen. Kein weiterer Diskussionsbedarf bestand bezüglich der Anpassung des Organisationsstatuts sowie der ohnehin unveränderten Schiedsordnung.²⁴⁰ Hinsichtlich der neuen Finanzordnung, die u. a. einen 10-prozentigen Solidarbeitrag für die DDR beinhaltete, gab es – wie immer, wenn es ums Geld geht – einige kritische Stellungnahmen.²⁴¹ Es bedurfte einer längeren Erläuterung des Schatzmeisters²⁴² höchstpersönlich, um diese Einwände zu neutralisieren. Danach wurden die Satzungsänderungen mit großen Mehrheiten und teilweise fast einstimmig beschlossen.²⁴³ Nach der Behandlung der wenigen verbliebenen Anträge endete der letzte Parteitag der West-SPD nach weniger als zwei Stunden mit einem Schlusswort von Friedhelm Farthmann.

237 Ebd., S. 157 f.

238 Vgl. ebd., S. 158 ff.

239 Vgl. ebd., S. 161 ff.

240 Vgl. ebd., S. 168.

241 Vgl. ebd., S. 168 ff.

242 Vgl. ebd., S. 173 ff.

243 Vgl. ebd., S. 181 ff.

Die nächsten beiden Tage gehörten dem gemeinsamen Vereinigungsparteitag²⁴⁴, für den nun der große Saal des ICC zur Verfügung stand. Auf der Tagesordnung des 27. September standen nach der Eröffnung durch Willy Brandt, Grußworten der beiden Berliner Bürgermeister Walter Momper und Tino Schwierzina sowie Grundsatzreden der beiden Parteivorsitzenden, der Bericht über die statutarischen Änderungen sowie schließlich die Debatte und Beschlussfassung über das Manifest zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.²⁴⁵ Dieser erste Tag war noch sehr stark von einer paritätischen Dramaturgie und Symbolik geprägt. Während Willy Brandt²⁴⁶ die Einheit der deutschen Sozialdemokratie in einem großen rhetorischen Bogen in ihren historischen und politischen Kontext einbettete, oblag es Reinhard Höppner²⁴⁷, die Delegierten und Gäste, unter denen sich mit Josef Felder aus Augsburg auch der letzte noch lebende Angehörige der Reichstagsfraktion befand, zu begrüßen. Mit einem kleinen Utensil aus dem Sitzungsalltag der Volkskammer, deren Vizepräsident er war, stellte er zudem gleichsam spielerisch den wichtigen Bezug zum ersten und letzten frei gewählten Parlament der DDR und zur Friedlichen Revolution her.²⁴⁸ Die beiden Berliner Stadtoberhäupter lenkten den Blick auf die alte und erhoffte neue Hauptstadt, in der die Chancen und Probleme der Deutschen Einheit wie in einem Brennglas greif- und sichtbar wurden, sowie die Konsequenzen, die die sozialdemokratische Politik daraus ziehen sollte.²⁴⁹ Wolfgang Thierse²⁵⁰ unternahm nichts Geringeres als den weitreichenden Versuch, den westdeutschen Genossen zu erklären, wen sie nun in die altherwürdige sozialdemokratische Familie aufnahmen:

»Auch wir Ost-Sozialdemokraten kommen aufrecht zu Euch, Ihr West-Sozialdemokraten, und ich hoffe sehr, daß wir unsere Biographien künftig nicht werden verleugnen müssen. (Erneuter Applaus) Aber ich weiß auch, daß es viele Fremdheiten zu überwinden gibt. Wie die deutsche Einheit ist auch unsere Parteivereinigung eine Aufgabe, ein politischer, sozialer, kultureller, menschlicher Prozeß, der heute nicht abgeschlossen wird, sondern einen weiteren Anstoß, eine hoffentlich große Beschleunigung erhält. Es gibt Irritationen zwischen uns, wie ich beobachte, etwa folgende eigentümliche Erscheinung: Die Linken in der bundesdeutschen SPD fürchten, wir seien Rechte und die sogenannten Rechten fürchten, wir seien

244 Vgl. Protokoll vom Parteitag Berlin 27.–28.09.1990, Bonn o. J. [1990].

245 Vgl. ebd., S. 3.

246 Vgl. ebd., S. 5 ff.

247 Vgl. ebd., S. 17 ff.

248 Vgl. ebd.

249 Vgl. ebd., S. 23 ff.

250 Vgl. ebd., S. 34 ff.

Linke. Beide haben Angst, wir würden die gegenwärtigen Verhältnisse in der Partei verändern. Ich hoffe, wir tun es!«²⁵¹

Als konstituierendes Element ostdeutscher Identität identifizierte er die Erfahrung von Scheitern und Neuanfang, das Scheitern des real existierenden Sozialismus als Doktrin, Wirtschaftssystem und politische Ordnung, das gleichzeitig eine »Befreiung von Mißwirtschaft, von Not und Unterdrückung, auch in geistiger und wissenschaftlicher Hinsicht«²⁵², gewesen sei. Damit verknüpfte er das Dilemma, das sich für Linke, als die sich Ost-Sozialdemokraten durchaus verstanden wissen wollten, daraus ergab. Einerseits war der einzige Versuch der Verwirklichung der sozialistisch-kommunistischen Utopie untrennbar verbunden mit politischem Terror. Andererseits und gleichzeitig speisten sich die Werte, auf denen ein Gutteil der Kritik am DDR-System basierte, die »Idee von Gerechtigkeit, Toleranz, Freiheit und Demokratie«²⁵³, aus einer anderen Definition des Begriffs »Sozialismus«. Vor diesem Hintergrund beschrieb er die Ost-Sozialdemokraten als, auch in der Abgrenzung, ebenso untrennbar wie unfreiwillig biografisch verwoben mit der »Verwirklichungsgeschichte des Sozialismus«. Davon ausgehend eilte er schlaglichtartig durch die Geschichte der Ost-SPD, von den utopischen Hoffnungen des Herbstes 1989, der Suche der SDP nach einem »Dritten Weg« und das anfänglich zwiespältige Verhältnis zur Machtpolitik über die zwangsläufigen Lernprozesse der Realpolitik in Parlament und Regierung bis hin zu den Schwierigkeiten des demokratischen Prozesses und der Parteiorganisation.²⁵⁴ Als »hoffentlich gemeinsame Ziele«²⁵⁵ umriss er nun die Sicherung des »Industriestandortes DDR«, eine an der »Chancengleichheit« orientierte Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik, den ökologischen Umbau und die europäische Integration einschließlich einer neuen Sicherheitsarchitektur. Damit benannte er also exakt – und sicherlich nicht zufällig – jene Themenfelder, die der designierte Kanzlerkandidat ins Zentrum gerückt hatte, und bei denen das am nächsten Tag zu beschließende Regierungsprogramm seine Schwerpunkte setzte. Nach einem kurzen Exkurs zur Hauptstadtfrage und einem Bekenntnis zu Berlin kehrte er an den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen zurück und beschäftigte sich noch einmal mit den Schwierigkeiten des Sozialismusbegriffes für ostdeutsche Sozialdemokraten:

»Umfassende Kritik, historische Selbstkritik ist notwendig, nicht weil wir von der Idee des demokratischen Sozialismus lassen wollen, sondern im Gegenteil, um ihr überhaupt weiter anhängen zu können. (Beifall) Der niederschmetternde, aber un-

251 Ebd., S. 36.

252 Ebd., S. 37.

253 Ebd.

254 Vgl. ebd., S. 38 ff.

255 Ebd., S. 41.

abweisbare Befund lautet, so meine ich: Die Verwirklichungsgeschichte der sozialistischen Theorie kann diese selber nicht in jungfräulichem Zustand belassen. Wenn ich den Begriff ›demokratischer Sozialismus‹ aus den angeführten Gründen nur zögernd, aber dennoch verwenden will, muß er demnach weit mehr aussagen, als die Beschreibung einer Gesellschaftsordnung. Er muß unsere Visionen, unsere Grundwerte und unsere Strategie zusammenfassen. Sozialismus verstehe ich nicht als Ziel im Sinne eines Endzustandes, sondern eine sich permanent verändernde und sich entwickelnde Idee von Freiheit, Gleichheit, Solidarität, von Mitbestimmung und Emanzipation, von Menschenrechten, besonders von den Rechten der Frau, von der Gleichberechtigung und einem jeweils neu zu definierenden Begriff von Arbeit und Lebenswelt.«²⁵⁶

Diese Begriffsbestimmung deckte sich wohl ebenso wenig zufällig mit dem Verständnis, das Willy Brandt mehrfach in Bezug auf den demokratischen Sozialismus formuliert hatte. Eine Solidaritätsadresse an die Besetzer der Stasizentrale in der Ostberliner Normannenstraße, die Feststellung, dass die DDR nun integraler Teil Deutschlands und nicht etwa eine Kolonie würde sowie die Hoffnung auf ein gutes Zusammenwachsen und einen fairen Interessenausgleich zwischen Ost und West standen am Ende von Thierses Rede.²⁵⁷ Damit überließ er nun Vogel²⁵⁸ das Feld. Nachdem dieser einmal mehr die historische Dimension dieses Parteitages beschworen hatte, begab er sich auf eine nicht weniger grundsätzliche Reise durch die Geschichte, die Grundfesten und die Perspektiven der Sozialdemokratie. Sein Ausgangspunkt war die Feststellung einer letztlich seit 1863 ungebrochenen organisatorischen Kontinuität der SPD. Die Grundwerte und Ideale der Partei seien stärker gewesen als das Kaiserreich, der Nationalsozialismus und nun auch die stalinistische Ausformung des Sozialismus in der DDR. Bewusst stellte er damit eine direkte Verbindung zwischen Otto Wels' unbeugsamer Rede anlässlich des Ermächtigungsgesetzes Hitlers am 23. März 1933 im Reichstag und den Sozialdemokraten in der DDR des Herbstes 1989 her. Mit der Betonung der Organisationskontinuität postulierte er ebenfalls eine Parallelität des Neubeginns 1945 mit dem des Herbstes 1989. Die Arbeit der Partei sei jeweils nur »gewaltsam unterbrochen«²⁵⁹ gewesen. Entsprechend gehörten die neuen Sozialdemokraten in der DDR ebenso genuin zur SPD wie jene, die ab 1946 für ihre Überzeugungen in Haft gesessen bzw. deswegen aus der DDR hatten fliehen müssen. Als Protagonisten einer erfolgreichen demokratischen Revolution bereicherten sie zudem die Partei:

256 Ebd., S. 45 f.

257 Vgl. ebd., S. 46 f.

258 Vgl. ebd., S. 48 ff.

259 Ebd., S. 49.

»Wir danken Euch dafür, und wollen das, was Ihr mitbringt, in unserer Gemeinschaft wirksam werden lassen. Umgekehrt wollen wir Euch auf den Gebieten helfen, auf denen es bei Euch zwangsläufig einen Nachholbedarf gibt, etwa auf den Gebieten der Organisation, der Mitgliederwerbung, der politischen Vertrauens- und Tagesarbeit und der Auseinandersetzung mit Gegnern, die ihre materielle Überlegenheit rücksichtslos ausnutzen und auch ansonsten nicht zimperlich sind.«²⁶⁰

Entsprechend nahm er nun, wie Lafontaine und Fuchs vor ihm, die konservativen und liberalen Parteien und ihr Gebaren bei der Übernahme der Blockparteien und ihrer Strukturen ins Visier. Neben die mehr oder minder rein materiellen Aspekte trat bei Vogel jedoch zusätzlich eine weitere eminent politische Komponente:

»Genossinnen und Genossen, welche Unverfrorenheit, nein, ich sage, welche Infamie gehört dazu, jetzt eben mit dem bankrotten Kommunismus die Sozialdemokratie in einen Topf zu schütten, ohne die es die es die Überlegenheit und Anziehungskraft unserer Gesellschaftsordnung im Vergleich mit den zusammengebrochenen Systemen nie und nimmer gegeben hätte. (Beifall) Diese Überlegenheit beruht nicht auf frühkapitalistischen oder hierarchisch autoritären Traditionen. Sie beruht auf den Elementen der Freiheit, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit, die wir in dieser Ordnung gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen eingeführt haben und mit denen wir diese Ordnung immer aufs neue reformiert haben.«²⁶¹

Noch viel härter ging er gleichwohl mit der postkommunistischen PDS ins Gericht, der er ein Existenzrecht neben der SPD rundweg absprach.

»Aber [was geht] auch in den Köpfen derer [vor], die noch vor Jahresfrist auf Lenin und den Kommunismus schworen und sich neuerdings auch demokratische Sozialisten nennen? Denen sage ich: Entweder Ihr meint es ernst, dann seid ihr überflüssig, oder Ihr tarnt Euch, dann seid Ihr ungläubwürdig. Etwas Drittes gibt es nicht.«²⁶²

Abschließend beschwor er noch einmal die politische Wirkmächtigkeit und Relevanz der Ideale der sozialen Demokratie nicht zuletzt für die Gestaltung der Deutschen Einheit und bekannte sich, entschiedener als Thierse zuvor, aber inhaltlich letztlich deckungsgleich, zum demokratischen Sozialismus.

260 Ebd., S. 52.

261 Ebd., S. 53 f.

262 Ebd.

Nach der Mittagspause und einer kurzen Rede Klaus Klingners²⁶³, des Spitzenkandidaten der SPD in Mecklenburg-Vorpommern für die Landtagswahl, bestätigte der Parteitag nahezu einstimmig die notwendigen Satzungsänderungen.²⁶⁴ Die mit Bedacht gewählten und politisch immens symbolträchtigen Gastansprachen des Vorsitzenden der Fraktion der Bürgerkomitees im polnischen Sejm, Bronisław Geremek²⁶⁵, und des Ersten Sekretärs der Sozialistischen Partei Frankreichs, Pierre Mauroy, bettetten die Einheit Deutschlands und die Vereinigung der Sozialdemokratie ein in die Versöhnung mit den unmittelbaren europäischen Nachbarn in Ost und West. Gleichzeitig boten sie den Delegierten kurze Momente des Innehaltens, bevor es an die Beschlussfassung über das Manifest zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ging. Die Vorstellung des Entwurfes übernahm Johannes Rau²⁶⁶, der, vor dem Hintergrund des Godesberger Programms und auch seiner persönlichen Geschichte, die SPD als nach wie vor »keine geschlossene Gesellschaft« definierte und ihren anhaltenden Gestaltungswillen in Bezug auf die Deutsche Einheit betonte:

»Wir haben Einigkeit und Recht und Freiheit erreicht. Jetzt geht es darum, in ganz Deutschland soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und Wohlstand für alle zu verwirklichen. Auf diesem Wege muß und auf diesem Wege kann vieles als Gemeinsamkeit neu entstehen.«²⁶⁷

Die Redebeiträge von Dieter Rieke, der als Gegner der Zwangsvereinigung und Kontaktmann des Ostbüros acht Jahre in Bautzen inhaftiert war, Josef Felder und Käte Woltemath repräsentierten sowohl die historische als auch die gesamtdeutsche Dimension der Parteivereinigung.²⁶⁸ Mit Beate Weber, der aussichtsreichen Kandidatin der SPD für das Oberbürgermeisteramt in Heidelberg, und Martin Gutzeit sprachen danach zwei Vertreter der Nachkriegsgeneration aus Ost und West. Während Weber ihren Fokus in erster Linie auf die ökologische Erneuerung lenkte, beschäftigte sich Gutzeit einmal mehr mit der Geschichte der Ost-SPD und ihrem Blick auf die Deutsche Einheit.²⁶⁹ Substanzielles zur sozialdemokratischen Deutschlandpolitik konnte von Erhard Eppler erwartet werden, der sich als einer der Autoren des Manifestes nun als Letzter zu Wort meldete.²⁷⁰ Mit Rückgriff auf das Godesberger Programm charakterisierte er die SPD als die über weite Strecken deutschlandpolitisch glaubwürdigste Partei der Bundesrepublik. Seine vielfachen Ostkontakte der Vergangenheit erlaubten

263 Vgl. ebd., S. 58 f.

264 Vgl. ebd., S. 61 ff.

265 Vgl. ebd., S. 65 ff.

266 Vgl. ebd., S. 78 ff.

267 Ebd., S. 83.

268 Vgl. ebd., S. 83 ff.

269 Vgl. ebd., S. 94 ff.

270 Vgl. ebd., S. 101 ff.

ihm einen recht persönlichen Rückblick auf die Chronologie des Umbruchs in der DDR, dessen Protagonisten in einer ersten Welle zunächst eine reformierte DDR im Sinn gehabt hatten. Erst die zweite Welle der »lange schweigende[n] Mehrheit«²⁷¹ habe dann den Ruf nach der Deutschen Einheit gebracht.

»Liebe Freunde, ich habe es immer für eine linke Tugend gehalten, daß man den Willen der Basis auch dann respektiert, wenn er einem nicht in den Kram paßt. (Beifall) Mir hat er in den Kram gepaßt, und ich habe diesen Prozeß begrüßt, auch wenn er geprägt war von den Peinlichkeiten, die nun einmal mit unserem real existierenden Bundeskanzler untrennbar verbunden sind. (Beifall) Aber nicht er hat die Tür zur Einheit aufgestoßen, sondern die Zivilcourage einer Friedensbewegung, von der übrigens die Union zuerst einmal gar nichts wissen wollte.«²⁷²

Mit der feierlichen Unterzeichnung des Manifests ging der erste Durchgang des Vereinigungsparteitages am späten Nachmittag zu Ende.²⁷³ Für den Abend hatte der Parteivorstand zu einem großen Fest in den Hamburger Bahnhof direkt am ehemaligen Grenzübergang Invalidenstraße geladen.

Nach einer rauschenden Ballnacht eröffnete Marie-Elisabeth Lüdde, ehemals Vorstandsmitglied der Ost-SPD, am nächsten Vormittag um kurz nach 10:00 Uhr das Plenum.²⁷⁴ Bevor jedoch der Kanzlerkandidat zur Vorstellung des Regierungsprogramms das Wort ergriff, forderten Grußworte des Vorsitzenden des DGB, Heinz-Werner Meyer²⁷⁵, des Vorsitzenden der DAG, Roland Issen²⁷⁶, sowie des indischen Finanzministers, Madhu Dandavate²⁷⁷, die Aufmerksamkeit der Delegierten. Für den Vereinigungsparteitag hatte Lafontaine²⁷⁸ die Rede, die er bereits auf dem Vorparteitag der Ost-SPD gehalten hatte, deutlich erweitert. Insbesondere aber die Passagen mit im weitesten Sinne deutschlandpolitischen Bezügen waren naturgemäß in der Substanz deckungsgleich. Im außenpolitischen Teil²⁷⁹, der dieselben Interpretationsmuster und Forderungen enthielt wie zwei Tage zuvor, legte er zusätzlich einen besonderen Fokus auf die Beziehungen zu Frankreich und Polen. Den Einstieg in den innenpolitischen Teil²⁸⁰ bildeten zunächst klassische Westthemen, wie etwa die Forderung nach der Stärkung des Föderalismus, die Einführung plebiszitärer Elemente

271 Ebd., S. 103.

272 Ebd., S. 104 f.

273 Vgl. ebd., S. 106 ff.

274 Vgl. ebd., S. 129.

275 Vgl. ebd., S. 129 ff.

276 Vgl. ebd., S. 134 ff.

277 Vgl. ebd., S. 137 ff.

278 Vgl. ebd., S. 142 ff.

279 Vgl. ebd., S. 145 ff.

280 Vgl. ebd., S. 151 ff.



Abb. 29 Vereinigungsparteitag der SPD vom 26. bis 28. September 1990 in Berlin. V. l. n. r.: Hans-Jochen Vogel, Willy Brandt, Wolfgang Thierse und Oskar Lafontaine mit dem »Manifest zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«.

auf der Bundesebene, der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, aktive Gleichstellungspolitik und nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Etwas länger verweilte er bei der Familienpolitik und forderte in Bezug auf die Frage des Schwangerschaftsabbruchs die Fristenlösung für ganz Deutschland. Weitere Wegmarken stellten der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, eine moderne Einwanderungspolitik sowie die Bewahrung des Asylrechts dar. In der Sozialpolitik lag Lafontaines Fokus fast ausschließlich bei der Mindestrente und dem Einstieg in die soziale Grundsicherung. Steuer- und Gesundheitspolitik streifte er nur kurz. Den Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik nutzte Lafontaine zum Generalangriff auf die Bonner Regierungskoalition und die Staatsverträge zur Deutschen Einheit. In diesem Zusammenhang wiederholte er im Wesentlichen dieselben Argumente, die er zwei Tage zuvor angeführt hatte. Ähnliches gilt für den Problemkreis des Zusammenwachsens der beiden deutschen Gesellschaften. Auch im gemeinsamen Parteitagssplenium erntet er derart stürmischen Beifall und stehende Ovationen, dass sich der aktive Parteitagspräsident, Karl-Heinz Hiersemann, zu einem akklamatorischen Kommentar genötigt fühlte:

»Liebe Genossinnen und Genossen: Das war Oskar, wie wir ihn alle kennen. Wer in den letzten Tagen manche Kommentare gelesen hat, konnte immer wieder den Satz finden: Recht zu haben alleine reicht nicht. – Das ist wohl wahr. Aber es ist schon einmal gut, daß geschrieben wird, wir hätten recht gehabt. Das unterscheidet sich von früheren Äußerungen. Nur: Wer nach der heutigen Rede von Oskar mit Anspruch auf Redlichkeit noch behaupten will, Sozialdemokraten hätten kein Konzept, dem ist nicht mehr zu helfen. (Beifall) Im übrigen: Wer außer Oskar und der SPD hat denn Konzepte! Wir wollen keinen Prozeß der deutschen Einheit, bei dem sich einige wenige eine goldene Nase verdienen und die Millionen arbeitender Menschen die Zeche zu zahlen haben. Dafür, daß dies nicht passiert, ist Oskar Lafontaine der Garant. Er ist der Garant der sozialen Gerechtigkeit für alle Deutschen.«²⁸¹

Erstaunlich und fast irritierend, da sie sich in der Diktion fast in der Nähe eines eigentlich überwunden geglaubten Personenkults bewegten, sind die Lobpreisungen, die Lafontaine aus dem Munde der ostdeutschen Parteiratsvorsitzenden Sabine Riebe entgegengebracht wurden:

»Lieber Oskar, wir baldige Bundesrepublikaner möchten natürlich nicht unsere neue Demokratie gegen den aufgeklärten Absolutismus eintauschen. Aber Deine Entscheidung zum Kanzlerkandidaten – das sei mir an dieser Stelle gestattet zu sagen – freut mich besonders, denn Du bist für unsere Partei zu einem unermüdlichen Vorkämpfer geworden. Du hast mit Deinen Reden am Dienstag im Parteirat, am Mittwoch auf dem letzten Parteitag der SPD in der DDR und auch heute dies bewiesen. Dort hast Du nicht nur unsere Köpfe, sondern auch unsere Herzen gewonnen. [...] Oskar, wir brauchen Dich! Aber Du brauchst auch uns, unsere uneingeschränkte, zuverlässige, kämpferische Unterstützung. Denn Deine Forderungen sind unsere Identität, die Identität der Sozialdemokratie. Deshalb müssen wir mit Dir an der Spitze diese Ziele den Menschen unseres Landes nahe bringen. Oskar, Du sollst unser Kanzler in einer sozialdemokratischen geführten Bundesregierung werden!«²⁸²

Wäre da nicht der geschickt im Absolutismusbild verpackte Hinweis auf den Hang Lafontaines zu einsamen Entscheidungen sowie die ähnlich verbrämte aber dennoch deutliche Mahnung zur gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Basis insbesondere im Osten gewesen, wäre wohl kaum jemand der Idee verfallen, dass es zwischen Kanzlerkandidaten und den Gliederungen in den künftigen neuen Bundesländern immer

281 Ebd., S. 175 f.

282 Ebd., S. 178.

wieder Friktionen gegeben hatte. Norbert Gansel²⁸³ äußerte sich ähnlich salomonisch affirmativ, indem er einerseits Lafontaines persönliche wie politisch-programmatische Qualitäten lobte, ihn andererseits aber auch ermahnte, sich gegenüber der erweiterten Partei und ihrer Führung nicht beratungsresistent zu zeigen:

»Ein neues Deutschland braucht auch einen neuen Kanzler. (Beifall) Für diese Aufgabe wollen wir Dich nominieren. Aber wir fordern von Dir auch etwas dafür: Bleib offen für Kritik und Rat, hör auf den Rat von Willy Brandt, von Hans-Jochen Vogel und Wolfgang Thierse, auf den Rat der Partei und auf den Parteirat, geh auf unserem Weg voran, aber verlier nicht die Partei aus den Augen. Bewahre und erneuere unser soziales Bündnis mit den Gewerkschaften. Bleib Dir treu und vermeide Rechthaberei. Bleib populär, indem Du den Mut besitzt, unpopulär zu sein. Erhalte Dir die Fähigkeit zum Wagnis in der Politik. Bleibe entscheidungs- und angriffsfreudig. Behalte Augenmaß und die Kraft zum Visionären.«²⁸⁴

Dass Lafontaine die Partei einstweilen auf ganzer Linie sowohl inhaltlich als auch persönlich überzeugt hatte, zeigt das nahezu einstimmige Ergebnis, mit dem er wenig später zum Kanzlerkandidaten der SPD für die kommende Bundestagswahl nominiert wurde.²⁸⁵ Während die Zählkommission noch mit der Auszählung beschäftigt war, hatte der Parteitag bereits mit der Diskussion des Wahlprogramms begonnen.²⁸⁶ Dieses wurde bald darauf weitestgehend unverändert gebilligt und verabschiedet. Eine wichtige Ergänzung, die die Münchner Delegierte Ulrike Mascher eingebracht hatte, war im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnungsbau das Ziel einer sozialen Reformierung des Bodenrechts.²⁸⁷ Keinen Erfolg hatte hingegen der Vorstoß des türkischstämmigen Delegierten und IG-Metall-Funktionärs Yilmaz Karahasan aus Frankfurt-Sossenheim zur Ausweitung des Wahlrechts insbesondere auch in Bezug auf eine künftige Verfassung der Bundesrepublik auf die in Deutschland lebenden Ausländer.²⁸⁸ Bevor der Parteitag mit dem traditionellen »Wann wir schreiten Seit' an Seit'« beendet wurde, schwor Vogel die Partei auf das gemeinsame Programm und den Kanzlerkandidaten ein. Gleichzeitig stellte er klar, dass die SPD bei ihrer bisherigen Linie in Bezug auf die soziale Gestaltung der Deutschen Einheit bleiben und es im Wahlkampf auch keine Konzessionen an den eher national geprägten Geist des Augenblicks geben würde:

283 Vgl. ebd., S. 179 ff.

284 Ebd., S. 182 f.

285 Vgl. ebd., S. 197.

286 Vgl. ebd., S. 185.

287 Vgl. ebd., S. 201 ff.

288 Vgl. ebd., S. 205 ff.

»Wir sind die Deutschland-Partei – nicht im Sinne pathetischen Überschwangs oder der Neubelebung eines ›Nationalismus‹, dessen Übersteigerung – daran müssen wir auch heute erinnern – eine der Ursachen der deutschen und europäischen Katastrophe in diesem Jahrhundert war und dessen Überwindung zu den großen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte gehört. Ich tue nichts weg, was andere aus anderen Parteien dazu geleistet haben, das zu überwinden, aber ich werde nicht müde werden zu sagen: Ohne Willy Brandt, ohne Helmut Schmidt und ohne einen Gustav Heinemann wären wir nicht in der Lage zu sagen, daß wir diesen Abschnitt der Geschichte ein für allemal beendet haben. (Beifall) Wenn ich sage[:] ›Wir sind die Deutschland-Partei‹, dann im Sinne einer Gestaltung unseres Landes, die allen, die hier leben – es war gut, daß ein ausländischer Genosse hier das Wort ergriffen und uns daran erinnert hat –, die Identifizierung mit ihrer Heimat erlaubt, weil es ihnen menschenwürdige Lebensbedingungen bietet und weil es sich – darauf sollten wir stolz sein; wenn Patriotismus, dann ist es dieser – im Kreise der Nationen durch Freiheitlichkeit, Friedfertigkeit und internationale Hilfsbereitschaft auszeichnet.«²⁸⁹

Die Sozialdemokratie hatte nun zum ersten Mal seit 1933 eine einheitliche Organisation in ganz Deutschland, einen gesamtdeutschen Kanzlerkandidaten sowie ein in sich schlüssiges Wahlprogramm, das in jedem Falle auf vielen Politikfeldern eine klare Alternative zur Politik der Regierungskoalition – nicht nur in Bezug auf die Gestaltung der Deutschen Einheit – formulierte. Dass 40 Jahre Teilung nicht spurlos an den Menschen in Ost und West und schon gar nicht an der Sozialdemokratie vorbeigegangen war, ist evident. Entsprechend konnte der formale Akt der Parteivereinigung diese mentalen Differenzen, die durch die Sozialisation in völlig unterschiedlichen Lebenswelten entstanden waren, kaum von heute auf morgen auflösen, noch nicht einmal übertünchen. Die Überführung eines Teils der Volkskammerabgeordneten der Ost-SPD in die sozialdemokratische Bundestagsfraktion nach dem 3. Oktober 1990 bot die Möglichkeit für einige Angehörige des erweiterten Gründerzirkels der SDP, die bei den Vorstandswahlen durchgefallen waren, wie Meckel, Hilsberg, Elmer und auch Schröder, ihre politischen Karrieren auf diesem Wege fortsetzen zu können. Die tatsächliche Verwirklichung der Einheit der Sozialdemokratie aber sollte politisch und organisatorisch – ebenso wie die Deutsche Einheit selbst – ein langer und schwieriger Prozess werden, der bis heute auch noch keineswegs als abgeschlossen gelten kann.

289 Ebd., S. 217 f.